

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anhalterstr. 27.1. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die vierspaltige Pettzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsorganen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur Auskunftserteilung.

Bei jedem Stellungwechsel, auch nach dem Ausland, sind nach § 29, Abs. 2 des Statuts vorher Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Zu diesem Zwecke ist eine vorgedruckte Fragekarte zu benutzen, die von den Mitgliedschaftsvorständen zu beziehen ist. Die Auskunftserteiler sind angewiesen, nur solchen Kollegen Antwort zu geben, die diese Fragekarte verwendet haben.

Die Auskunftserteiler haben diese Anfragen mit den Auskunfts-karten sofort zu beantworten. Die Auskunfts-karte dient nur zur Auskunft und darf an andere nicht weitergegeben werden.

Die Unterstützungsgesuchter haben alle statutarischen Unterstützungen, gleichviel welcher Art, sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen sowie der Aus-

kunfts- und der Reisekarte usw. keine Unterstützungen auszusuchen.

Es wird dringend darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszahlung von Unterstützungen, Auskunfts-Erteilung, Arbeitsvermittlung usw. nur während der im Adressen-Verzeichnis angegebenen Zeit durch die dort verzeichneten Kollegen erfolgen darf. Alles Aufsuchen der betreffenden Verwaltungsmitglieder in den Geschäften ist unbedingt zu unterlassen.

Der Hauptvorstand.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker: Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.

Angerer (für Kupferdrucker).

Eltville. Fischer & Co.

Köln a. Rh. Witte & Co.

Kötzschenbroda bei Dresden.

Robert Mittelbach, Kunstanstalt Olobus (für alle Berufsgruppen).

Lichtenberg (Oberfranken). Hier sind Diff. renzen ausgebrochen, also Vorsicht!

Pieß, O.-S. A. Krummer.

Posen. L. Neumeyers Buch- und Steindruckerel, Inh. Ernst Tunmann.

Rybnik, O.-S. Firma Bartels.

Für Chemigraphen:

Berlin.

Chemnitz. A. Jüllich; Köhler & Richter.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmei;

Stengel & Co.; Mejo & Markert.

Leipzig. Mejo & Springer.

Stuttgart. Gebr. Rößle.

Im Ausland:

Dänemark. Alfred Jakobsen-Kopenhagen-Büllowvej (Kupferdr. u. Chem.).

Holland. Krommenie: Verwers Metaal-drukkery (Lithogr. und Steindr.).

Rotterdam: Firma Modern (Chemigr.).

Oesterreich: Triest.

Achtung Lichtdrucker!

Am 15. März versandten wir an alle in Betracht kommenden Mitgliedschaften Statistikformulare. Sollten Lichtdruckereien diese Formulare noch nicht erhalten haben, so bitten wir, sich sofort an den Ortsvorsitzenden oder an untenstehende Adresse zu wenden.

Die Zentralkommission, i. A.: Hugo Albrecht, Berlin SO. 25, Naunynstr. 50.1V.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Scharfmacherkoalitionen. Rundschau. Vom Wirtschaftsmarkt. Bournville. Briefkasten. — **Allgemeines:** Lehrlings-sucherei. Zum Streik bei Robert Mittelbach in Kötzschenbroda. Ortsberichte: (Protest-Versammlungen): Bautzen, Breslau, Crimmitschau, Darmstadt, Dresden, Eßlingen, Geislingen, Görlitz, Hirschberg, Leipzig, München, Neurode. — Frankfurt a. M. — **Der Lithograph:** Der Lithographenmeister, I. — **Die photomech. Fächer:** Dr. Trenkler & Co. — **Die Tapetenbranche:** Produktionseinschränkung. — **Feuilleton:** Der Freiheit Hochzeitslied. Die Entwicklung des Weltalls, IV. (Fortsetzung statt Schluß.) Eingänge. — **Anzeigen.**

Scharfmacher-Koalitionen.

Während die unselbige Zersplitterung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in freie, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften gegenwärtig noch in höchster Blüte steht und während in den gelben Organisationen eine kleine Schar von irreführenden Arbeitern mit Führern, die sich vom Unternehmertum aushalten lassen, die Säulen der gewerkschaftlichen Macht zu unterwühlen suchte, schließt sich dieses Unternehmertum selbst immer fester zusammen. Seine verschiedenen lokalen oder Branchenverbände sind bekanntlich in zwei großen Zentralorganisationen koalitiert, und zwar in der Hauptstelle »Deutschen Arbeitgeberverbände«, der auch die Unternehmerorganisation unseres Gewerbes, der »Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer«, angehört, und im »Verein Deutscher Arbeitgeberverbände«. Ein Wesensunterschied in den Aufgaben und Zielen dieser beiden Zentralorganisationen besteht nicht. Beide sind Scharfmacherverbände vom reinsten Wasser, deren Hauptzweck die Niederhaltung der aufstrebenden Arbeiterklasse ist. Daher ist ihr Zusammenschluß zu einer Einheitsorganisation auch nur noch eine Frage der Zeit. Als ein neuer Schritt zu diesem Ziele muß ein Kartellvertrag betrachtet werden, der am 9. März zwischen beiden Zentralverbänden unter Aufhebung des Kartellvertrages vom 22. Dezember 1904 abgeschlossen wurde und der nach der »Deutschen Arbeitgeberzeitung« vom 14. März folgenden Wortlaut hat:

§ 1. Die Vertragsschließenden betrachten es als ihre oberste gemeinsame Aufgabe, den Zusammenschluß der Arbeitgeber zu Arbeitgeberverbänden zu fördern. Sie haben zu diesem Behufe ihre Mitgliederlisten ausgetauscht und werden auch künftighin von Veränderungen im Mitgliederbestande dem andern Teile sofort Nachricht geben. Sie werden ferner jeden direkten Verkehr der einen Zentrale (Hauptstelle oder Verein Deutscher Arbeitgeberverbände) mit den Mitgliedern der anderen unterlassen und auf ihre Mitglieder im Sinne der fruchtbarsten Lösung gemeinsamer Aufgaben hinwirken.

§ 2. Die Vertragsschließenden verpflichten sich gegenseitig, darauf hinzuwirken, daß streikende oder ausgesperrte Arbeiter während der Dauer der Bewegung in den Betrieben der angeschlossenen Mitglieder keine Beschäftigung finden. Eine Nachprüfung über die Berechtigung des Ausstandes oder der Aussperrung findet nicht statt, wenn erklärt wird, daß eine solche Prüfung ordnungsgemäß vorgenommen ist.

§ 3. Als wichtige Aufgabe betrachten die Vertragsschließenden weiter die gemeinsame Förderung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, und zwar sowohl in den Fachverbänden als auch in den gemischten Verbänden. Die jährlichen Arbeitsnachweiskonferenzen sollen in Zukunft gemeinsam abgehalten werden.

§ 4. Die Vertragsschließenden suchen des ferneren gemeinsamen zu fördern: den Schutz der Arbeitswilligen sowie die Durchführung der Streikklausel. — Die Frage, ob und wieviel ein Zusammenarbeiten der beiderseitigen Streikversicherungseinrichtungen erreichbar ist, bleibt den hierfür bestehenden besonderen Organen der Vertragsschließenden zur Entscheidung überlassen.

§ 5. Sofern im einzelnen Falle den von Streik, Boykott oder Aussperrung betroffenen Arbeitgebern über den Rahmen des § 2 hinaus Hilfe geleistet werden soll, bleibt die Entscheidung hierüber den beiderseitigen Organen von Fall zu Fall vorbehalten.

§ 6. Zur dauernden Aufrechterhaltung der Föhlung zwischen den beiden Zentralen wird ein ständiger Kartellausschuß eingesetzt, in welchen von jeder Seite 5 Mitglieder entsandt werden. Der Kartellausschuß ist lediglich eine beratende Stelle und tritt nach Bedarf zusammen. In folgenden Fragen soll der Kartellausschuß um Begutachtung ersucht werden:

1. wenn Hilfe über den Rahmen der im § 2 ausgesprochenen Verpflichtung hinaus in Anspruch genommen wird (§ 5);
2. wenn Meinungsverschiedenheiten auf Grund dieses Vertrages zwischen den vertragsschließenden Teilen ausgleichend sind;
3. wenn gemeinsame Maßnahmen zur Wahrung der allgemeinen Arbeitgeberinteressen ergriffen werden sollen.

Die Leitung der Verhandlungen und demgemäß auch die Einberufung des Kartellausschusses liegt abwechselnd in den Händen der vertragsschließenden Teile.

§ 7. Das Kartell erhebt keine Beiträge, jede Zentrale übernimmt die auf sie fallenden Ausgaben.

Der Vertrag zeigt, daß der Kontrakt zwischen beiden zentralen Unternehmervereinigungen schon jetzt so innig als möglich ist, trotzdem sie nominell noch keine Einheitsorganisation bilden. Sie tauschen ihre Mitgliederlisten aus, unterlassen jeden direkten Verkehr zwischen einer der beiden Zentralen mit den Mitgliedern der andern und schließen dadurch jede gegenseitige Mitgliederabtreibung vollständig aus. Sie setzen zur dauernden Aufrechterhaltung der Föhlung zwischen beiden Zentralen einen ständigen Kartellausschuß, also gewissermaßen eine Zentralleitung, ein. Sie haben hauptsächlich Abmachungen zur gemeinsamen Niederhaltung der Arbeiterschaft, d. h. zur Erfüllung ihres vornehmsten Zweckes, getroffen.

Darauf läuft zunächst die gegenseitige Verpflichtung zur Nichteinstellung streikender oder ausgesperrter Arbeiter während der Dauer der Bewegung in den Betrieben der angeschlossenen Mitglieder hinaus. Während ein Unternehmer, dem die Arbeiter durch Streik die Fortsetzung der Erzeugung von Mehrwert, von dem er lebte, verweigern, immer noch die Möglichkeit hat, sich durch seine eigene Arbeit den Lebensunterhalt zu erwerben, sollen nicht nur die streikenden, sondern auch die durch eine Aussperrung an freiwilliger Arbeit gehindertem Arbeiter in brutalster Weise dem Hunger überantwortet werden. Jede Gelegenheit, sich anderweitig durch ihrer Hände Arbeit den Lebensunterhalt zu erwerben, soll ihnen genommen sein. Durch den Hunger sollen sie wieder in die Betriebe, aus denen sie ausgesperrt wurden, hineingetrieben werden zu Bedingungen, die das koalitierte Unternehmertum als »Herr im Hause« diktiert! Zu dem gleichen Zwecke verpflichten sich die beiden Zentralen zur gemeinsamen Förderung der Unternehmer-Arbeitsnachweise, die nicht mit Unrecht den Namen »Maßregelungsbureaus« erhalten haben, zur Er-

weiterung der Unterstützung an Unternehmer, die von Streiks oder Boykotts betroffen werden oder die ihre Arbeiter selbst ausgesperrt haben, und zum Schutz der Arbeitswilligen sowie zur Durchführung der Streikklausel, durch die ein bestreikter Unternehmer von der Einhaltung seiner Lieferungsverpflichtungen entbunden werden soll.

Unter dem Schutz der Arbeitswilligen versteht man natürlich nicht den Schutz der zur Arbeit bereiten, aber durch eine Aussperrung auf die Straße gesetzten und damit an freiwilliger Arbeit gehinderten Arbeiter — im Gegenteil: diesen soll ja, wie wir sehen, jede Möglichkeit, in organisierten Betrieben durch ehrliche Arbeit ihren Lebensunterhalt zu erwerben, genommen werden, bis sie durch Hunger dem Willen des Unternehmers gefügig geworden und reumütig zu Kreuze gekrochen sind. Mit dem Schutz der Arbeitswilligen ist der Schutz jener Gentlemen gemeint, die als Hyänen des Schlachtfeldes nur dort arbeiten, wo die zur Arbeit bereiten, ehrlichen Klassen-genossen ausgesperrt oder durch unhaltbare Zustände, für deren Abstellung der Unternehmer nichts hat, zur Arbeitsniederlegung gezwungen worden sind.

Aus dem Vorgehen der Unternehmerorganisationen muß die Arbeiterschaft die Lehre ziehen, sich erst recht immer fester zusammenzuschließen, an Stelle der Zersplitterung in der Gewerkschaftsbewegung einer festgeschlossenen Einheitsorganisation zuzustreben und alle Arbeiter, die noch nicht begriffen haben, wo sie hin gehören, über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aufzuklären. Gerade die geschilderten Maßnahmen der Unternehmerverbände werden ein treffliches Werbemittel unter den unorganisierten oder in anderen Verbänden vereinigten Arbeitern sein. Wäre die Arbeiterschaft nicht zusammengeschlossen in leistungsfähigen Verbänden, dann würden es die Unternehmer nicht nötig gehabt haben, sich zu koalieren und Maßnahmen zur Niederhaltung der Arbeiter zu treffen, denn — die Arbeiterklasse läge ja noch darnieder, es wäre jedem einzelnen Unternehmer möglich, aus der Haut seiner Leute Riemen zu schneiden. Dieser Idealzustand für die Unternehmer wurde durch die Gewerkschaftsbewegung ein für allemal aus der Welt geschafft. Die »Herren im Hause« sehnen sich zurück nach jenen idyllischen Zuständen, daher ihr wütendes Bemühen, die brutalsten Mittel zur Niederknüttelung der erwachten Arbeiterklasse, die sich nicht mehr gutwillig das Fell über die Ohren ziehen läßt, zu ersinnen und durch straffe Organisation auszuführen. Das sei auch unserem Unternehmerorgan, dem »Deutschen Steindruckgewerbe«, gesagt, das in seiner No. 5 die Unternehmerverbände als *Abwehrorganisationen* bezeichnet und mit pharisäischem Augenaufschlag behauptet: »Nicht die Unternehmer sind es gewesen, die zuerst die Kampfmittel des modernen sozialen Kampfes angewendet haben.« Sie haben es eben, solange die Arbeiterschaft stumpfsinnig alles über sich ergehen ließ, gar nicht nötig gehabt!

Den Maßnahmen der Unternehmer können wir Arbeiter, das sei noch einmal betont, nur durch festeren und immer festeren Zusammenschluß, durch unverbrüchliche Solidarität begegnen. Nur dadurch kann die Arbeiterklasse verhindern, in die früheren schmachtvollen Verhältnisse zurückgestoßen zu werden. Darum, ihr Fernstehenden: Hinein in den Verband!

Rundschau.

Unsere Lehrlingsabteilung zählte am 1. März 1909, also ein Jahr nach ihrer Begründung, 3397 Mitglieder. Davon lernten als Lithograph 967, Steindruck 1715, Kartograph 34, graphischer Zeichner 14, Chemigraph 269, Photograph 160, Retuscheur 87, Lichtarbeiter 58, Kupferdrucker 25, Notendrucker 8, Formstecher 36, Tapetendrucker 24. Der Abteilung traten im Laufe des Jahres insgesamt 3660 Lehrlinge bei. Davon sind 24 wieder ausgetreten, 13 wegen Beitragsrest gestrichen, 3 gestorben und 223 haben ausgetreten und sind dem Verbands als Vollmitglieder beigetreten. Wie kläglich sieht dagegen die Lehrlingsabteilung der Gelben aus, die

es trotz der terroristischen Hilfsaktion der Unternehmer nur auf 671 Mitglieder gebracht hat!

Der Maschinenmeister August Keicher, eine in Kollegenkreisen weitbekannte Persönlichkeit, ist dieser Tage in Karlsruhe an Lungenblutungen gestorben. Er hat sich dadurch einen Namen gemacht, als Angestellter der Firma Oelbendörfer G. m. b. H. zwei und zeitweise sogar drei Maschinen zu bedienen. Die »Gr. Pr.« kritisierte s. Z. dieses unkollegiale Verhalten Keichers, wodurch dieser sich beleidigt fühlte. Er verklagte unseren damaligen Redakteur Kollegen Obier, der in erster Instanz zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Durch einen in zweiter Instanz geschlossenen Vergleich kam K. um den Triumph, den Redakteur, der nur die Interessen der Allgemeinheit tatkräftig vertreten hatte, ins Gefängnis gebracht zu haben. Jetzt ist Keicher das Opfer seiner Wählerler geworden, ein Warnungszeichen für Viele! Daß der Verstorbene Mitglied der Gelben war, versteht sich eigentlich am Rande.

Herr Tapetenfabrikant Max Langhammer in Cnemitz, dessen sonderbare Praktiken gegenüber dem »Verein deutscher Tapetenfabrikanten« und der »Tag.« wir in No. 9, Seite 79 besprochen, ist bekanntlich auch ein Hauptführer der Nationalliberalen in Sachsen und Mitglied des sächsischen Landtages. Wie nun das nationalliberale »Leipziger Tageblatt« mitteilt, ist er vom Vorstand des nationalliberalen Landesvereins aufgetordert worden, sein Amt im Vorstand und seine Kandidatur zum Landtage solange niederzulegen, bis er sich von den Vorwürfen, die der »Verein deutscher Tapetenfabrikanten« gegen ihn erhob, gerichtlich reinzuwaschen hat. Das dürfte ihm nicht leicht werden, trotzdem hat er sich mutig zum Einreichen der Klage bereit erklärt. Aber er klebt! Die Niederlegung seiner Aemter verweigerte er mit der Begründung, es handle sich um — private Angelegenheiten! Na also!

Ueber die Reichsfinanzreform finden nach der »Frankfurter Zeitung« täglich vielsündige Besprechungen von Vertretern der Regierung mit den Blockführern statt. Sie gelten nicht nur der Frage, welche indirekten Steuern Annahme finden sollen und wieviel aus ihnen herauszuholen ist, sondern auch der Frage, wie Ersatz für die als abgelehnt geltenden Steuern, wie Inseraten-, (nicht Plakat-), Elektrizitäts- und Weinsteuern gefunden werden soll. An eine Erhöhung des Kaffeezollens und an die Kohlensteuer scheitert man in erster Linie zu denken. Das Blatt bemerkt dazu, daß die freilinnige Fraktionsgemeinschaft sich bisher weder mit der Erhöhung des Kaffeezollens noch mit der Kohlensteuer beschäftigt habe. Auch besteht keine Neigung, auf beides einzugehen. — Die Freisinnsmänner schwenkten bisher noch jedesmal gehorsam ein, sie werden es auch in Zukunft tun!

Zur Tabaksteuer beschloß die Finanzkommission am 10. März mit 15 gegen 13 Stimmen, keine entscheidende Abstimmung über § 2 der Bändersteuer vorzunehmen, sondern die Tabaksteuervorlage einer Subkommission von 9 Mann zu überweisen, die die Ermächtigung erhielt, andere Steuervorschläge zur höheren Besteuerung des Tabaks zu beraten und der Hauptkommission vorzulegen. — Der Kuhhandel soll also in engeren Konventikeln fortgesetzt werden.

Der Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen richtet an die maßgebenden Behörden eine eingehende Denkschrift, in der er nachweist, daß das wirksamste Mittel für die Verbesserung des Straßenbaues und für die Hebung der Haltbarkeit des Straßenpflasters die Beseitigung der gewissenlosen Schleuderarbeit ist. Daher nimmt er Stellung gegen das Submissionswesen, die Akkordarbeit und für die Herabsetzung der bisher üblich gewesenen quantitativen Arbeitsleistungen. Er betont, daß er die Regelung dieser Fragen in Uebereinstimmung mit den Unternehmern auf dem Wege des Tarifvertrags zu erreichen versuchen wolle und appelliert an die Behörden, bei etwaigen Streitfällen nicht einseitig für die Unternehmer Stellung zu nehmen, da er mit seinem Vorgehen hauptsächlich auch das wirtschaftliche Interesse von Staat und Kommunen im Straßenbau vertrete.

Das Frankfurter Gewerkschaftshaus erzielte trotz der Krise noch einen Gewinn von 658 Mk. gegen 545 Mk. im Vorjahre. Die einzelnen Konten zeigen durchschnittlich fast die gleichen Ziffern wie im Vorjahre; nur das Bierkonto ist 4000 Mk. niedriger, was wohl auf die wirtschaftliche Krise und den Einfluß der Organisationen zurückzuführen ist. Während der Bierkonsum noch bis zum September der gleiche blieb, wie im Vorjahre, trat von da ab bis zum Jahresschluß ein sehr sarker Rückgang ein, fast ausschließlich in der Restauration, und zu ganz kleinem Teil im Saal. Der Fremdenverkehr betrug 32607 (30422); davon waren organisiert 29339 (27518), nicht organisiert 3268 (2904).

Der Achtuhradenschluß für das ganze Reich wurde von der Gewerbeordnungskommission des Reichstages am 11. März gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und Konservativen beschlossen, an Sonnabenden der Neuanbruchslauf. Der Regierungsvertreter erklärte den Beschluß für unannehmbar.

Arbeiterführer für das Gesindeunrecht! Bei der Verhandlung eines Antrags auf Ueberweisung der Materie über Schaffung reichsgesetzlicher Bestimmungen zur Regelung des Vertragsverhältnisses

der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie derjenigen des Gesindes an eine Kommission im Reichstage wurde namentliche Abstimmung vorgenommen. Durch die Kommissionsberatung sollte verhindert werden, daß die Sache entgegen dem Wunsche der Konservativen zum gänzlichen Scheitern gebracht wird. Der Antrag wurde mit 209 gegen 105 Stimmen angenommen. Unter den Oegnern des Antrages befanden sich der Abgeordnete Behrends, Vorstandsmitglied und Beamter des christlichen Bergarbeiterverbandes, ferner Abgeordneter Schack, Vorsitzender des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes.

Kriegervereine und Gewerkschaften. Das amtliche Organ des Deutschen Kriegerbundes »Parole« stellt in einem Leitartikel die Behauptung auf, daß es mit der Vertretung der Arbeiterinteressen in den freien Gewerkschaften »recht windig« aussehe, weil sie 41,4 Proz. ihrer Einnahmen für Verwaltungskosten ausgaben. Dieser durchsichtigen Verdächtigung gegenüber ist festzustellen, daß von den 43 Millionen Mark Gesamtausgaben der freien Gewerkschaften im Jahre 1907 auf persönliche Verwaltungskosten 691753 Mk. und auf Verwaltungsmaterial 780358 Mk. entfallen. Also kommen nicht 41,4, sondern knapp 3 Proz. aller Ausgaben auf das Konto der Verwaltungskosten. Bei dieser Berechnung sind selbstverständlich die rein sachlichen Ausgaben für Verbandsorgane, Stellenvermittlung, Bibliotheken, Unterrichtskurse, Statistiken, Agitation, Prozeßkosten usw. nicht mit eingerechnet, weil dieselben beinahe ausnahmslos den Mitgliedern wieder direkt zugute kommen.

Die national-gelbe Scharmacherpolitik erleidet ein klägliches Fiasko nach dem andern. Unlängst haben in Berlin und Augsburg die gelben Zwangsmitglieder, denen durch die Briefe ihres Führers Lebus ein Blick in den Sumpf, in dem sie stecken, ermöglicht worden ist, offen revolviert. Jetzt kündigt sich bereits wieder eine neue Niederlage für die gelben Streikbrecherprotektoren an in dem Bankrott der »Crimmitschauer Nationalen Volkszeitung«, die, wie uns berichtet wird, am 31. März 1909 ihre traurige Tätigkeit einstellen wird. Das Crimmitschauer Unternehmertum, das tief, sehr tief in den Beutel hat greifen müssen, ist weiterer Opfer und Blamagen müde, die ihm das Blatt in reichstem Maße beschert hat. Dem »Redakteur« des sehr zusammengeschrumpften Hetzorgans ist schon gekündigt worden.

Bei der Gewerbeberichterwahl in Kassel erhielten die freien Gewerkschaften sämtliche Sitze mit 3492 Stimmen, trotzdem die »Nationalen« und die »Christlichen« die riesigsten Anstrengungen machten, aber nur 142 Stimmen für sich aufbrachten.

Die Bergmannswitwen der Opfer der Raabodkatastrophe haben durch acht Beauftragte beim Landgericht Dortmund Klage gegen das Hammer Hilfskomitee eingereicht, an dessen Spitze der Oberbürgermeister von Hamm steht. Dieses Komitee bildete sich unmittelbar nach der Katastrophe und sammelte dann 1 1/2 Millionen, die es an das Zentralhilfskomitee, das vom Oberpräsidenten geleitet wird, abführte. Das Zentralkomitee hat aus der Spende eine Rente festgesetzt, nach der jede Witwe monatlich 1250 Mk., und ferner jedes Kind 625 Mk. erhält. Ausbezahlt ist heute, vier Monate nach dem Unglück, bis auf eine Wohnnachtsunterstützung, noch nichts. Die Witwen, die zum Teil nur eine Rente von 1 Mk. pro Tag beziehen, halten die Rentenfestsetzung des Zentralkomitees für unzureichend. Wie die Klage ausführt, würde nach der Rentenfestsetzung des Zentralhilfskomitees noch das volle Kapital vorhanden sein, wenn die Hinterbliebenen verstorben sind. Nach der Sachlage, insbesondere auch nach dem Inhalte des von dem Hammer Komitee erlassenen Auftrages, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es die Absicht der Spender gewesen ist, Gelder zu geben, die unverkürzt an die Hinterbliebenen verteilt werden sollten. Darum fordert der Klageantrag in erster Linie die Auszahlung der Gelder, während ein Eventualantrag den Standpunkt vertritt, daß die Sammler mindestens verpflichtet sind, Kapital und Zinsen der eingegangenen Gelder den Hinterbliebenen unverkürzt zufließen zu lassen und nicht für Zwecke zu verwenden, an die die Spender gar nicht gedacht haben können. — Das meinen wir auch.

Vom Wirtschaftsmarkt.

Der amerikanische Optimismus hat schon zu verschiedenen Malen den Termin bestimmt, von dem aus es zu frühlichem Tanze in die gute Konjunktur hineingehen sollte. Und wie der Mensch sich Hoffnungen schafft, wo er hindernden Druck fühlt, ohne dessen Ursachen zu erkennen, so hat der Kapitalismus überm großen Wasser die in Aussicht stehenden Präsidentenwahlen mit dem beunruhigenden Für oder Wider in der Frage der Trusts und der Tarifreform als die den Aufschwung hemmende Hinderung auf dem Wirtschaftsmarkt gesehen. Das liebe Europa hat gläubig mitgehofft, wenn auch nicht immer laut und offen, so aber doch wenigstens im stillen Kämmerlein. Die Präsidentenwahlen sind vorüber, die Entscheidung ist gefallen, der Umchwung ist aber nicht gekommen. Während die kapitalistische Welt sich nach neuen günstigen Anzeichen umseh, auf die sie hoffen kann — denn auch die deutsche Hoffnung auf die kommende Be-

lebung der Bautätigkeit durch den erleichterten Geldmarkt ist, zum wenigsten in dem Umfange wie sie viele Gläubige schon zu sehen vermeinen, eben auch nur eine Hoffnung —, wirkten die natürlichen Kräfte des Kapitalismus auf ihrem Wege ruhig weiter. Die Kräfte der Konsumenten, der Verbraucher, erweiterten und stärkten sich von Tag zu Tag, je deutlicher der Gegensatz zwischen den vorhandenen Produktionsmöglichkeiten und dem tatsächlichen Produktionsbedarf bemerkbar wurde. Und immer wieder gingen die verlaubbaren Besorgnisse über diese Tatsachen auf die Schwerindustrie, das metallene Rückgrat des Weltmarktes, hin. Im besonderen nach Amerika. Seine Eisenindustrie spricht auf Grund ihrer riesigen Leistungsfähigkeit in der Preisgestaltung auf den Weltmarkt das entscheidende Wort, und diese hat gerade jetzt, wo die Eisenindustrien aller durch die wirtschaftliche Depression heimgesuchten Länder ihren Absatz besonders auf dem Arbeitsmarkt suchen, seine besondere Bedeutung. Am 16. Februar brachte das Kabel ganz plötzlich die Entscheidung, es meldete: »Die Stahlwaggonwerke lehnten die Erneuerung des Kontraktes mit dem Stahltrust, wonach letzterer ihr alleiniger Fabrikant von Stahlplatten ist, ab. Der Stahltrust beabsichtigt daher angeblich die Errichtung eines eigenen Stahlwerkes.«

Also die amerikanischen Waggonfabriken, an ihrer Spitze die große Pressed Steel Car Co., die pro Jahr 45.000 Eisenbahnwaggons und 120.000 Gestelle für Güterwagen herstellen kann, wollen nicht mehr mitmachen, wollen nicht mehr die alten Preise bewilligen. Der Konsum war zur Offensive übergegangen. Der Trust wurde durch unabhängige Werke unterboten. Es kam zum Bruch, weil sich die Leitung des Stahltrusts, an ihrer Spitze Gary, beharrlich weigerte, Preiskonzessionen zu machen. Da nun der Vertrag abgelaufen ist, den der Trust mit den großen Waggonbaugesellschaften eingegangen war — er verpflichtete ihn, solange auf den Bau eigener Waggonfabriken zu verzichten, so lange die Gesellschaften ihr Material von ihm beziehen würden — hat der offene Kampf begonnen. Die Waggonbauer kaufen ihre Platten bei freien Werken und der Stahltrust reservierte 14 1/2 Millionen Dollar, erwarb Grundeigentum im Staate Wisconsin, und wird eine eigene Waggonfabrik bauen.

Mit diesem Kampfe war aber nur das Zeichen zur Deroute auf der ganzen Linie gegeben. Der Stahlhüttenpreis des Steeltrusts wurde um 3 Dollar pro Tonne unterboten. Zuerst war es die Republik Iron and Steel Co., deren große Hüttenanlagen in Pennsylvania, Alabama und Ohio auf eine jährliche Leistungsfähigkeit von einer Million Tonnen Stahlerzeugnisse eingerichtet sind, die durch die Uebermacht der Verhältnisse gezwungen, von 28 Dollar auf 25 herabging. Andere folgten sehr bald. Dieses Unterbieten der Preise für Stahlschienen bedeutet für Amerika außerordentlich viel. Was der Industrie des Inselstaates England der Schiffsbau ist, das sind dem Lande der Riesenentfernungen die Eisenbahnen. Die Rückwärtsbewegung der Preise hat das Rückgrat der amerikanischen Eisenindustrie, den Eisenbahnmaterialienmarkt, angegriffen. Es muß dabei beachtet werden, daß der Stahltrust 1906 allein fast zwei Millionen Tonnen Stahlschienen produzierte, und er umfaßt nur rund 50 Prozent der gesamten Schienenproduktion innerhalb der Union. Dazu teilte jüngst eine angesehene Handelszeitung mit, daß das 1906 in Angriff genommene enorme Schienenwerk bald seiner Vollendung entgegengeht. Und es sind dies Hüttenwerke, deren Schienenwalzenstraßen ein Abrollen von 100.000 Tonnen Schienen pro Monat gestatten werden. Einmal sind es also diese Tatsachen, die dem Kampf ein besonderes Gewicht geben. Des weiteren ist gerade der Schienenpreis lange Jahre vollständig konstant geblieben. Als der Rail Pool, eine Verbindung der Schienenproduzenten, Anfang 1897 zusammenbrach, fiel der Preisstand der Schienen von 28 auf 17 Dollar. Bis 1899 erholte er sich, zum Teil durch echt amerikanische Treiberleistungen auf 30; der wirtschaftliche Rückschlag um die Jahrhundertwende drückte ihn auf 26. Von 1901, dem Geburtsjahre des Steeltrusts, bis zu den jüngst vergangenen Wochen ist der Preis ständig 28 Dollar gewesen. Wenn der Preis des für Amerika wichtigsten Produktes, der sich sogar über den Kupferpreissturz, den Treuhandbanksturz des Herbstes 1907 und das ganze Depressionsjahr 1908 hinweg erhalten konnte, jetzt ins Wanken kommt und weichen muß, dann ist damit deutlich genug gesagt, daß die Hoffnungen auf flotten Tanz in die Hochkonjunktur hinein zum mindesten der realen Wirklichkeit um ein bedeutendes vorausgefallen sind. Allerdings kann damit nicht gesagt sein, daß sich die jetzige Situation nicht von der des vierten Quartals 1907 — oder eines der ersten Vierteljahrs 1908 unterscheidet. Der Kampf gegen die Preise des monopolisierten Trusts durch die Abnehmer ist nicht nur das typische Zeichen des sich wieder regenden, des wieder an Bestellungen denkenden Verbrauchs. Ist doch die Zurückhaltung der in Frage kommenden Konsumenten in der Union im vergangenen Jahre so stark gewesen, daß einige Eisenbahngesellschaften überhaupt keine Tonne Schienen bestellten. Auch ist es nicht der Trust als Produzentenmacht gewesen, der bis jetzt die Preise halten konnte. Ueber die schlimmste Zeit der völligen Lähmung ist man ja mit der eigenen amerikanischen Rücksichtslosigkeit hinweggekommen, die den Betrieb nach Bedarf so-

fort um 30, 40, 50 und 60 Prozent, wenn es sein muß auch vollständig stilllegte, sobald sich das Produzieren nicht »rentiert«. Es muß im besonderen noch betont werden, daß das Erstarren der Verbraucher in Wirklichkeit gar nicht so schnell und plötzlich vor sich gegangen ist, als es bei flüchtiger Betrachtung der Dinge erscheint. Wenn auch die Herabsetzung der Preise erst ein Resultat der jüngsten Zeit ist, verbesserte »Spezifikationen«, also verbesserte Qualitätsbedingungen, sind den großen Verbrauchern schon seit längerer Zeit bewilligt worden.

Am 25. Februar meldete eine Kabeldepesche des Wolffschen Bureaus aus New-York: »Der Stahltrust notiert Stahl und Stahlbarren mit einer Ermäßigung von 6 resp. 4 Dollar. Der Zerrüttung des Stahlmarktes folgte heute die Ankündigung der Freigabe der Verkäufe auf dem Bleimarkt; eine ähnliche Ankündigung für den Kupfermarkt wird erwartet.«

Diese Erklärung für den offenen Markt bedeutet in Wirklichkeit wohl eine Kriegserklärung gegen die unabhängigen Werke. Denn der Steeltrust, der bei seiner Gründung wegen der in ihm investierten Milliarde Dollar der »Billion Dollarust« getauft wurde und jetzt sicher sich auf einundneinhalbe Milliarde Dollar, also sechs Milliarden Mark stützen kann, wird die schwache Situation derjenigen Werke, die zuerst mit Preisabschlägen gekommen sind, nicht unbenutzt vorübergehen lassen. Und so wird das momentane Erstarren des Konsums auf die Dauer sicher nicht allzuviel zu bedeuten haben, das heißt mit anderen Worten: die Monopolstellung des Steeltrusts in der Bestimmung der Preise wird auf diese oder jene Art und Weise bald wieder hergestellt sein.

Wenn gegenüber all diesen Tatsachen die deutsche Situation betrachtet wird, so erscheint es auf den ersten Blick verwunderlich, daß es nicht der deutsche Stahlverband oder das deutsche Kohlsyndikat, die ja angeblich beide noch lange nicht an die »gefährlichen« Trusts und Associationen der Union heranreichen sollen — und nicht nur in der Skrupellosigkeit, sondern auch in der Stärke der Organisation — gewesen ist, dem durch den Ansturm der Konsumenten eine immerhin schwierige Belastungsprobe zugemutet wurde. Dies kann aber nur auf den ersten Blick verwunderlich sein, denn in Wirklichkeit ist es so, daß in Deutschland der Stahlverband für die Eisenindustrie ein bedeutend größeres Gewicht darstellt als der United Steel Trust in den Vereinigten Staaten.

An dem Ansturm der Verbraucher gegen die ausbeuterischen Praktiken des Kohlsyndikats zum Beispiel hat es in den letzten Quartalen durchaus nicht gefehlt. Die Proteste gegen die die wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt nicht beachtenden Preise mehren sich fortgesetzt. So war es kürzlich der Geschäftsbericht der Düsseldorfener Eisen- und Drahtindustrie, der schrieb: »Sehr zu bedauern ist es, daß das Syndikat in Essen den Verhältnissen des Marktes bisher in keiner Weise Rechnung getragen hat.« Es hat nicht nur die höchsten Preise bestehen lassen, sondern zwingt auch noch heute die Eisenwerke zu den enormen Preisen weiter zu kaufen, infolgedessen ergibt sich der beklagenswerte Zustand, daß, nachdem wir unsere Verkaufspreise auch für die durch das Syndikat zum Kaufe gelangenden Waren um 20—35 Proz. ermäßigt haben und alle Ersparnisse dazu verwenden, keine Verluste zu bekommen, wir nunmehr nur noch für die Kohlenzechen arbeiten.«

Neuerdings ist diese Bewegung in ein Stadium eingetreten, welches nur zu begrüßen ist. Jetzt begnügt man sich nicht mehr damit, die Preispolitik des Syndikats zu brandmarken, sondern es wird eine aktive Abwehr durchgeführt. So war es die Organisation der süddeutschen Industriellen, die ihre Mitglieder aufforderte, außersyndikatische Kohle zu kaufen. Dann kam die Bielefelder Handelskammer, zu nicht geringem Aerger der Rheinisch-westfälischen Zeitung, und forderte öffentlich zu gemeinsamen nichtsyndikatischen Abschlüssen auf. Unter anderem haben auch verschiedene größere Werke, wie die Firma Gebr. Röchling, bei der Vereinigungsgesellschaft im Wurmrevier und beim Eschweiler Bergwerkverein lange Kontrakte auf Lieferung von Kohlen und Koks abgeschlossen. Im Siegerlande haben die Charlottenhütte und die Rohlandshütte mit dem Fiskus Abmachungen getroffen. Ueberall hat man Garantien für bestimmte Heizkraft und Aschegehalt gegeben, was bis jetzt das Syndikat immer verweigert hat. Einigermassen verwunderlich erscheint es, daß der Fiskus bei der sonstigen Abhängigkeit seines Chefs, des Staates, von den Gruben-gewaltigen mit zu denjenigen gehört, die dem Syndikat in Preis und Qualität der Kohle Konkurrenz machen. Als der Staat im Herbst 1907 mit dem Syndikat einen Lieferungsvertrag abschloß, wäre es vielleicht noch nützlicher gewesen, so aufzutreten, wie man es jetzt durch Annahme vom Syndikat abspingender Kunden tut. Hoffentlich bekommt der hohen Regierung nicht allzu schlecht, sich in den Profit dieser Herren hineingemacht zu haben. Als das Reichsmarineamt sich kürzlich nach den Preisen der englischen Kohle erkundigte, wurde ihm ja zu verstehen gegeben, daß es im Kriegsfall bei solcher Politik keine deutsche Kohle bekommen werde.

Kurt Heinig.

Bournville.

In einem früheren Artikel (»Zur Wohnungsfrage«, Jahrg. 1908, Seite 74, 87) haben wir schon auf die englische Gartenstadt Bournville bei Birmingham hingewiesen, wo eine der bedeutendsten sozialen Fragen der Gegenwart, eben die Wohnungsfrage, für einige Tausend Arbeiter eine glückliche Lösung gefunden hat. Gegenüber der Tat- und Machtlosigkeit, zu der sich bei uns in diesen Dingen Staat und Stadt kläglich bekennen, ist es besonders interessant, zu sehen, zu was für Resultaten es allein die starke Initiative eines Einzelnen bringen kann, wenn ihm die entsprechenden Mittel zu Gebote stehen.

Der geistige Vater von Bournville ist der Kakao-fabrikant George Cadbury, der die Stadt im Jahre 1879 gründete und schon damals die ersten Häuser ersehen ließ. Doch fällt der eigentliche Aufbau des Ortes in die Mitte der neunziger Jahre. Die Beweggründe des Erbauers waren verschiedener Natur; seine Absichten entsprangen in der Hauptsache aber aus der Ueberzeugung, daß die erbärmlichen Arbeiterwohnverhältnisse, wie er sie in Birmingham beobachten mußte, die Gefahr sowohl einer physischen wie sittlichen Degeneration der Arbeiter offenbarten. Von der Unabänderlichkeit der sozialen Zustände keineswegs überzeugt, beschloß er, ein praktisches Experiment zu machen und die bei ihm beschäftigten Arbeiter, etwa 4000 an der Zahl, der Wohnungsmisere zu entziehen.

Cadbury kaufte, etwa eine deutsche Melle von Birmingham entfernt, 200 Hektar Land, die von einem Fluß durchzogen wurden und zum Teil mit prächtigem Laubwäldchen bestanden waren. Etwa 730 Morgen wurden zur Ansiedelung bestimmt und die Größe des einzelnen Grundstücks auf 550 Quadratmeter bemessen. Jedes Grundstück darf nur zu einem Viertel bebaut werden. Der zehnte Teil des ganzen Ansiedelungsterrains blieb von vornherein für öffentliche Anlagen reserviert. Um der Stadt den ländlichen bzw. den Gartencharakter zu erhalten, wurde bestimmt, daß weder eine Fabrik noch ein Laden gebaut werden dürfen, die mehr als ein Fünftel der Fläche einnehmen, auf der sie sich einmieten. In der ersten Zeit wurden die Häuser verkauft, das Land auf 99 Jahre verpachtet. Cadbury überzeigte sich aber bald, daß es falsch sei, das Eigentumsrecht an den Häusern abzugeben, denn es machte sich sofort das Bestreben bemerkbar, die Häuser mit Nutzen weiterzuverkaufen. Es lag auf der Hand, daß das ganze Unternehmen, den Arbeitern gute und billige Wohnungen zu verschaffen, wieder scheitern mußte, wenn der Spekulation irgend eine Möglichkeit gegeben war, sich zu betätigen. Nachdem etwa 130 Häuser verkauft waren, wurde der Verkauf ganz eingestellt, und seit jener Zeit muß, wer in Bournville wohnen will, sich eine Wohnung mieten. Damit war der Spekulation ein wirksamer Riegel vorgeschoben. Der Ort wurde zu einem Bau-Unternehmen, das die Zinsen des Anlagekapitals durch die Vermietungen bequem deckte.

Um das sich hier und da noch äußernde Mißtrauen der Arbeiter ganz aufzuheben, tat Cadbury einen bedeutungsvollen Schritt. Er verzichtete auf sein Eigentumsrecht an Bournville und machte aus dem Bau-Unternehmen eine öffentliche Stiftung, was einer Schenkung von 4 bis 5 Millionen Mark gleichkommt. Aus den Erträgen der Stiftung werden neue Bauten errichtet, und sie sollen ferner dazu dienen, neues Bauland anzukaufen, wenn das vorhandene voll besiedelt ist. Auf diese Weise erhielt die Einwohner Bournvilles ihre Stadt zum Gesamtbesitz und zur eigenen Verwaltung, die nur insofern wohl-tätig beschränkt ist, als sie bei der Uebernahme an die Grundstücke gebunden wurde, die der Stifter Bournvilles für unerlässlich hält zu weiterem Gedeihen und die gerade von den Arbeitern unterschrieben werden können. Sie sagen im Wesentlichen, daß an dem Gartencharakter Bournvilles nichts geändert werden dürfe und daß der Ort als ein Beispiel gedacht sei, wie die Uebel zu mildern seien, welche von der ungesunden und ungenügend behaglichen Lebensweise der Arbeiterklasse herkommen. Schon den Kindern in der Schule wird ferner bekannt gemacht, daß es als eine Verletzung der Absichten des Gründers gelten würde, wenn irgend jemand von den dort gewährten Vorteilen aus politischen und religiösen Gründen ausgeschlossen werde. So darf man denn wohl sagen, daß die Gartenstadt Bournville nicht zu vergleichen ist mit den sogenannten »Wohltätigkeits-«-Produkten, die wir ja in aller Welt finden, die aus eigennützigem Unternehmer-Interesse erwachsen sind und meist nur den Zweck haben, die Arbeiter abhängiger zu machen.

Der blasse Neid kann einen beschleichen, wenn man die Arbeiterstadt Bournville in den prächtigsten Farben geschildert sieht und dabei an die Höhen denkt, die dem Arbeiter sonst im allgemeinen und fast überall als Wohnung dienen. In Bournville wohnen die Arbeiter teils in Ein-, teils in Mehrfamilienhäusern, die aber in keinem Falle zu Mietskasernen anwachsen, sondern in der Regel nur zwei, drei oder vier Familien beherbergen. So eine Arbeiterwohnung enthält in der Regel — kleine Abweichungen kommen vor — 3 Schlafzimmer, 2 Wohnzimmer, eine Küche, ein Badezimmer und die sonst üblichen Nebenräume (Waschküche usw.). Für eine solche man möchte fast sagen: »Herrschafts-«-wohnung zahlt der glückliche Bürger von Bournville

nicht mehr als 250-300 Mark jährlich, d. h. einen Preis, wie er in Berlin etwa für eine Hofwohnung, die eine Stube und Küche enthält, üblich ist! Zu berücksichtigen ist ferner, daß zu jedem Hause ein Garten gehört, dessen Nutzungswert (Gemüse usw.) auf durchschnittlich 100 Mk. jährlich geschätzt wird. Uebrigens wird den Einwohnern Bournvilles weitere Land, das sie etwa zu bewirtschaften gedenken, für billige Pacht außerhalb des eigentlichen Stadtkreises zur Verfügung gestellt.

Erweist schon Art und Lage der Wohnungen ein wie großes Gewicht auf den hauptsächlichsten Faktor, den gesundheitlichen, gelegt wurde, so ist damit doch die Reihe der hygienischen Wohltäter keineswegs erschöpft. Breite, baumbepflanzte Straßen, große Parks und Rasenflächen, Sport- und Turnplätze, Bade- und Schwimmgelegenheit im großen Bassin so gen. ferner dafür, daß den Erwachsenen kein Mittel zu ihrer Gesundheitspflege fehle — und es ist selbstverständlich, daß für die heranwachsenden Menschen erst recht in ausreichender Weise auf ihre Spiel-, Schul- und sonstigen Bedürfnisse Rücksicht genommen wurde. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Cadburys, der natürlich seine Kakaofabrik nach Bournville verlegte, erhalten wöchentlich mehrere Stunden für turnerische Übungen frei. Aber auch die Alten sieht man in ihren Freistunden bei lebhaftem, fröhlichem Spiel und Sport, und sie, die vielfach ein trübes, gedrücktes Leben hinter sich haben, leben noch einmal auf wie in einem neuen Dasein. Für den Fall ihrer Invalidität haben sie schon garnichts zu befürchten; sie erhalten Altersrenten und können in eins der »Armenhäuser« — die in Wahrheit kleine, prächtige Villen sind — aufgenommen werden. So ist es denn kein Wunder, daß die Sterberate in Bournville fortdauernd im Sinken ist; schon im Jahre 1901, als sie in Birmingham 19,9 betrug, stand sie in Bournville auf 8,8 und ist inzwischen noch weiter gesunken — ein Beweis für die Vortrefflichkeit der Cadburyschen Idee, aber zugleich auch ein erschreckender Beweis für die mörderische Wirkung der sonst üblichen Menschenanhäufung.

Der Gründer von Bournville hätte seine Arbeit nicht ganz getan, wäre er nach Erfüllung aller gesundheitlichen Anforderungen der Meinung gewesen, sein Werk sei schon vollständig. Aber er hat von vornherein die Schönheit neben die Gesundheit gestellt, und so ist Bournville nicht nur ein gesunder, sondern auch ein schöner Wohnort geworden. Schon die Wahl des Terrains, das sich einer bevorzugten landschaftlichen Lage erfreut, geschah unter Berücksichtigung des ästhetischen Gesichtspunktes, ebenso die Anlage des Ortes. Für einen, der dann doch endlich sparen wollte, lag es nahe, nun einen Architekten mit der Ausarbeitung einiger Normalpläne zu beauftragen und so dem ganzen Ort etwas Uniformes zu geben. Cadbury hat die Geschmacklosigkeit vermieden und verschiedene Baukünstler herangezogen, die für das individuelle Gepräge der Häuser sorgten, die Architektur sowohl dem Zweck wie der vorhandenen Umgebung anpassen und das Kasernenmäßige vermeiden. Das schönste Gebäude in Bournville ist die Schule, ein charakteristischer Zug des Gründers, der auch Gärtner Lehrkurse veranstaltet und so versucht, den Sinn für das Schöne zu wecken. Die Hausgärten werden — »der reinsten Sozialismus!« werden unsere Gegner sagen — von städtischen Gärtnern angelegt, damit alle Einzelbilder sich schön und planvoll in das Große und Allgemeine einordnen. Die spätere Pflege ist Pflicht der betreffenden Hausmieter.

In diesem, uns fast märchenhaft anmutenden Paradies stehen gegenwärtig ungefähr 700 Häuser mit einer Einwohnerzahl von etwa 3000. Offenbar wohnen nicht alle Cadburyschen Arbeiter hier, wie denn der Ort überhaupt keineswegs für bestimmte Klassen oder ein bestimmtes Fabrikpersonal gebaut wurde. Die Stadt Bournville steht jedem offen, soweit er eine passende Wohnung finden kann. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß Bournville in der Hauptsache Arbeiterstadt ist, und daß ein aus so gemeinnützigen Motiven entsprungenes Unternehmen den Proletariats gewisse Vorrechte in der Besetzung der Wohnungen einräumt. Der Ort hat übrigens, wenn sein Platz ganz ausgenutzt wird, für 8000 Einwohner Raum — eine Zahl, die in nicht allzu ferner Zeit erreicht sein dürfte; denn die Menschen drängen sich nach diesem Eden, trotzdem — oder weil? — es ein Stückchen Sozialismus verkörpert, soweit die Wohnungsfrage damit zu tun hat. Es scheint also doch, als ob eine, wenn auch noch so bescheidene Anwendung sozialistischer Grundsätze in der Praxis durchaus nicht die abschreckende Wirkung zeigt, die uns von unseren Feinden höhnisch weissagt wird!

Als Kuriosum sei erwähnt, daß Bournville nicht eine einzige Schenke hat. Ein Ausschank alkoholischer Getränke darf nur errichtet werden, wenn ein einstimmiger Beschluß der Verwaltung ihn genehmigt; sollte ein solcher Beschluß aber wirklich einmal gefaßt werden, so soll der Profit aus dem Verkauf der Getränke zur Bekämpfung des Alkoholismus dienen! Ein prächtiges Versammlungslokal, das 1500 Personen faßt, steht den Bournvillern zur Verfügung — und so ist kaum zu befürchten, daß sie den Alkoholismus jemals auf eine andere Art werden bekämpfen müssen als auf die, die am wirksamsten in der bloßen Existenz eines solchen Ortes wie Bournville liegt! —

E. P.

Briefkasten der Redaktion.

Druckfehler-Berichtigung. Im Leitartikel der vorigen Nummer ist auf Seite 90, Spalte 1, Zeile 21 von unten statt »wirtschaftliche« »Wirtschaftlich« zu lesen »wissenschaftliche« Würde. — A. L., F. Da vor Annahme jeder Stellung erst Erkundigung eingeholt werden muß, ist der besondere Hinweis auf einen bestimmten Ort nicht angebracht. Ich lege die Sache heute (Montag) Abend dem Haupt-Vorstand vor. Gruß!



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Lehrlingsucherei.

Ein Mahnwort an die Gehilfenschaft.

Ostern! Dieser »Stern« der lehrlingsuchenden Prinzipale leuchtet wieder hernieder und bleibt auch diesmal allen Branchen unseres Berufes nicht fern. In den Zeitungen werden eifrig Lithographen- und Steindruckerehrlinge gesucht und man nimmt, was man kriegt aus Stadt und Land.

Nun wird besonders dieses Jahr die Gehilfenschaft in den »Kunststempeln« ein wachsendes Auge haben müssen, daß zu dem vielen Nachwuchs, den wir schon in Deutschlands Gauen haben, nicht noch viel mehr kommt. Die drohende Plakatsteuer, die Tabaksteuererhöhung und die drohenden amerikanischen Zollerhöhungen, welche am deutsch-amerikanischen »lithographischen Himmel« hängen, müssen doch jedem Kollegen die Augen öffnen, wohin die Fahrt geht, wenn wir zu Ostern noch eine größere Anzahl Lehrlinge kriegen.

Wenn in manchen früher geradezu wahnhaft züchtenden Lehrlingsorten und -buden nicht schon die ganzen letzten Jahre so sehr aufgepaßt worden wäre, so hätten wir im vergangenen Sommer und Herbst wohl in so manchem »Kunsttempel« gar keine Lithographen- und Steindruckerehrlinge angetroffen. Alles wäre da auf's Pflaster gesetzt und mit Lehrlingen wäre so mancher Betrieb aufrecht erhalten worden. Die Arbeitszeit und die Arbeitslöhne hätten den früheren traurigen Tiefstand erreicht; denn gerade aus den deutschen Vaterländern, aus welchen dieser Mahnruf erklingt, können wir den Beweis erbringen für die Wahrheit: Lange Arbeitszeit — niedrige Löhne!

Zum Streik bei Rob. Mittelbach-Kötzschenbroda.

Herr Mittelbach war von jeher — seitdem er den Feldweibeloch des militär-topographischen Bureaus mit dem Zivirock des Druckereibesetzters vertauscht hat — kein Freund unseres Verbandes. Das hat er bei öfteren von ihm hervorgerufenen Reibungen mit den Gehilfen unverhohlen mündlich und schriftlich merken lassen. Aber sein Selbstherrlichkeitstrotz eines Militärgelehrten besitzt eine gewisse Konsequenz; denn genau so schlecht wie er auf unseren Verband zu sprechen ist, genau so feindselig steht er auch dem Schutzverbande der Steindruckerehrlinge und dem Bunde chemischer Anstalten gegenüber. Das hätte uns freilich gleichgültig gelassen, Herr Mittelbach ist nicht der Mann, der uns mit seiner Feindschaft imponieren kann. Aber die Verhältnisse in seiner Firma, der Kunstanstalt »Olobus«, gaben den Gehilfen viel und oft zu starker Unzufriedenheit Anlaß. Viermal haben wir im Laufe von zehn Jahren von dem Mittel der Sperrung Gebrauch machen müssen und im Verhältnis zur Größe der Anstalt ist schon eine ziemlich große Anzahl Arbeiter ein- und wieder davongegangen. Wie wenig er ein Freund geregelter Arbeitsverhältnisse ist, zeigt schon der Umstand, daß die Chemigraphen seine beiden Abteilungen Kötzschenbroda und Berlin wegen Tarifbruch seit drei Jahren sperren mußten. Der Tarif gab ihm nicht genug Gelegenheit zur Lehrlingsmassenzucht. Und das ist gerade das Gebiet, auf dem Herr Mittelbach seine Produktivität ins Uebermenschliche zu steigern versteht. Das beweist folgende Skala bei normalem Gehilfenstand:

Steindruckerehrlinge	7	Gehilfen	— 9
Lithographen	2	—	2
Kartographen	7	—	9

Zweimal hatte nun schon unser Verbandsbevollmächtigter den Versuch gemacht, mit Herrn Mittelbach Verbindung zu erhalten, um dieses krasse Mißverhältnis allmählich auf ein vernünftiges Maß einzuschränken. Beide Male mit dem Ergebnis,

daß der Herr lakonisch schrieb: er will mit dem Schutzverband nichts zu tun haben und mit uns auch nicht. Die Organisationsfeindschaft dieses recht willfremden Neutralitätsfreundes hatte auch schon seit mehreren Jahren einen Teil der dort beschäftigten Kollegen so eingeschüchtert, daß sie sich nicht getrauten, Verbandsmitglied zu sein, und öftere Aufmunterungen dazu auf die Furcht vor den »Dienstbefehlen« des Herrn M. stießen. In letzter Zeit besserte sich das merklich. — Es wäre auch tieftraurig, wenn es anders wäre. — Wie ein bekanntes Tier vor dem roten Lappen geriet Herr M. vor unserem Verband in Wut, weil ihm neuerdings zwei Kartographen beigetreten waren. Wie bei der Schrankkontrolle: »Stillgestanden, Stiefel raus!« kommandiert wird, so befahl Herr M. den Kollegen »Buch mitbringen, ich will Sie abmelden; wenn Sie nicht austreten, werden Sie sehen, was passiert!« Diese ungesetzliche und geradezu dreiste Anmaßung wurde entschieden zurückgewiesen, und als beide Kollegen gekündigt wurden, kündigten alle Verbandsmitglieder, nachdem sie Herrn Mittelbach bereits vier Tage vorher auf diese Konsequenz hingewiesen hatten. Er will es den Kartographen früher gesagt haben, daß sie sich nicht organisieren dürfen. Das war dann eben früher schon eine unberechtigte Anmaßung und es war gut und brav von den Kollegen, daß sie auf dieses Verbot geipften haben.

Nun hatten zwei Verbandsleiter eine stundenlange Unterredung mit Herrn M., in der er sich der Belehrung zugänglich zeigte und zur Zurücknahme seiner Maßnahmen bereit war. Dann hat er aber wieder scharfmacherischen Einflüsterungen Raum gegeben und nun wird der Kampf so durchgeführt werden, daß der Herr noch bitter heulen wird, die Verständigung ausgeschlagen zu haben. Nach Briefen, die er verschickt, will er nie mehr Verbändler beschäftigen und er sucht nun eifrig N.-V. in den Fach- und Tageblättern. Aber Herr M. wird sein »Nie« beizeiten umstoßen, wenn die Tausende von Arbeiterradfahrern, die Hauptabnehmer seiner Straßenkarten sind, erfahren werden, daß keine Organisierten daran beschäftigt waren. Auch die Bevölkerung der Lößnitzortschaften, aus der er die Objekte für seine Lehrlingsmassenzucht zieht, soll bald erfahren, wie die Lehre bei ihm in Wirklichkeit beschaffen ist. An der Tür im Koortor hat er sein geistiges Produkt: »Stundenplan für die Lehrlinge« hängen, auf das er besonders stolz ist. Das Kartenjäten und andere Lehrlingsarbeiten haben wir nicht darauf gefunden. Es wird aber Sorge getragen, daß die Eltern erfahren, zu welchen Arbeiten man ihre Söhne benützt. Wir wollen einmal sehen, wo Herr M. mit seiner Verbandsfeindschaft enden wird.

Ortsberichte.

Protestversammlungen.

Bautzen. Hier fand am 11. März eine von über 500 Personen besuchte Versammlung statt, die sich zu einer imposanten Kundgebung gegen die Steuerpolitik der Reichsregierung gestaltete. Nach einem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat des Kollegen Sillier wurde eine entsprechende Protestresolution einstimmig angenommen.

Breslau. Unsere am 9. März veranstaltete, von circa 300 Personen, meist nur Lithographen und Steindruckern, besuchte Versammlung protestierte nach einem beifällig aufgenommenen Referat Silliers durch eine einstimmig angenommene Resolution gegen die Tabak-, Anzeigen- und Plakatsteuer.

Crimmitschau. Am 5. März fand eine öffentliche Versammlung der Lithographen und Steindruckerehrlinge statt, in welcher Kollege Köhler-Leipzig über die Tabak- und Plakatsteuer referierte. Er kennzeichnete treffend die Folgen der indirekten Besteuerung, und führte der Versammlung an Beispielen vor Augen, welche schädigenden Wirkungen die geplanten Steuern, wenn sie Gesetz würden, auf das graphische Gewerbe ausüben müßten. Vor allem würde die Arbeitslosigkeit noch ins Ungeheuerliche gesteigert werden. Der Redner legte der Versammlung die unbedingte Notwendigkeit der politischen Betätigung dar, durch die allein man sich gegen derartige Maßnahmen schützen könne. Eine dem Referat entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. — Bemerken wollen wir noch, daß bei dieser Veranstaltung wieder ein gewisser Teil unserer Kollegen durch Abwesenheit glänzte. Ist es diesen Mitgliedern denn wirklich so gleichgültig, ob durch die Annahme solcher Steuervorlagen Tausende von Kollegen arbeitslos werden? Nur durch engsten Zusammenschluß wird es uns möglich sein, alle Anstürme auf unseren Beruf abzuwehren.

Darmstadt. Um Protest zu erheben gegen die Steuerpolitik der Reichsregierung, insbesondere gegen die geplante Tabak- und Anzeigensteuer, versammelten sich die hiesigen Lithographen, Steindruckerehrlinge, Buchdrucker und Buch- und Steindruckerehrlingsarbeiter. In 1 1/2 stündiger Rede beleuchtete der Referent Kollege Neumann Offenbach eingehend die volksfeindliche Finanzpolitik unserer »Patrioten«. Militären seien für Kriegszwecke bewilligt worden, während man für Sozialpolitik wenig oder nichts übrig gehabt hätte. Trotzdem verlange man 500 Millionen Mark neue, meist indirekte, hauptsächlich die breiten Volksmassen treffende Steuern. Ganz besonders die Tabak- und Anzeigen-

steuer wären geeignet, unser schon durch die Krise sehr darniederliegendes graphisches Gewerbe dem gänzlichen Ruin entgegen zu führen. Schreien wir! Schreien wir! Wenn auch nicht in der unflätigen Weise, wie es dem Professor Adolf Wagner gegenüber von seinen sonstigen Gesinnungsfreunden geschah, als er es wagte, eine Erb- und Vermögenssteuer als die gerechteste zu empfehlen. Wir Arbeiter hätten die größte Ursache, auf das schärfste zu protestieren gegen die volkstündliche, existenzvernichtende Steuervorlage. Nach einstimmiger Annahme einer entsprechenden Resolution fand die imponente Versammlung ihr Ende.

Dresden. Zirka 400 graphische Arbeiter und Arbeiterinnen versammelten sich hier am 13. März, um gegen die Steuerpolitik der Regierung zu protestieren. Sie nahmen nach einem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat Siliers eine Resolution gegen die Tabak-, Anzeigen- und Plakatsteuer einstimmig an.

Eßlingen. Am 5. März hielten die Arbeiter der graphischen Berufe eine von ungefähr 100 Personen besuchte öffentliche Protestversammlung gegen die geplanten Plakat-, Inseraten- und Tabaksteuer ab. Der Referent, Kollege Hugo Werner aus Stuttgart, führte den Anwesenden das Wesen der direkten und indirekten Steuern in klarer Weise vor Augen. Besonders hob er hervor, daß die Arbeiterschaft, wie die Agrarier, von ihrem Rechte Gebrauch machen und in gewaltigen Kundgebungen gegen die indirekten Steuern ebenso nachhaltig protestieren sollen, wie die Patentpatronen gegen die Nachlaststeuer. An der Hand einiger Beispiele schilderte er die verderblichen Wirkungen der Plakatsteuer für unseren Beruf. Er schloß mit einem Appell an die Anwesenden, auch späterhin so zahlreich zur Stelle zu sein, wenn es gilt, die Arbeiterinteressen zu wahren. In der Diskussion kritisierte ein Redner das Verhalten des Reichstagsabgeordneten vom 5. württembergischen Wahlkreis, des Herrn Professor Wetzel, der es trotz persönlicher Einladung vorgezogen habe, der Versammlung fernzubleiben; er habe nicht einmal unser Schreiben einer Antwort gewürdigt. Nach einem kurzen Schlußwort wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

Geislingen. Hier versammelten sich am 28. Februar (Sonntag) nachmittags die Arbeiter der graphischen Gewerbe, um Stellung zu der geplanten Plakat- und Anzeigensteuer zu nehmen. 90 Proz. der in Betracht kommenden Arbeiterschaft hatten sich eingefunden, die das Referat des Kollegen Werner-Stuttgart mit lebhaftem Beifall aufnahmen und durch eine einstimmig angenommene Resolution verlangten, daß die vom Reichschatzamt vorgeschlagene Plakat- und Anzeigensteuer, ebenso die die Tabaksteuer, vom Reichstag abgelehnt wird, da hierdurch eine große Zahl Arbeitsloser noch bedeutend vermehrt würde, was auf das ganze Wirtschaftsleben einen nachteiligen Einfluß ausübe. Die Resolution soll außer an den Abgeordneten unseres Reichstagswahlkreises auch an den Reichstag gesandt werden.

Görlitz. Am 10. März fand hier eine von zirka 150 graphischen Arbeitern besuchte Versammlung statt. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat Siliers wurde eine entsprechende Resolution, die sich gegen die Steuerpolitik, besonders gegen die Plakatsteuer wendet, einstimmig angenommen.

Hirschberg. Hier fand am 7. März eine Versammlung statt, welche von zirka 80 graphischen Arbeitern besucht war. Das Referat Siliers wurde mit Beifall aufgenommen und eine entsprechende Resolution beschlossen.

Leipzig. Unsere Protest-Versammlung, die am 2. März stattfand, war infolge sehr starken Schneesturmes nur mäßig besucht. Sie nahm nach beifällig aufgenommenem Referat Siliers eine Resolution gegen die Tabak-, Anzeigen- und Plakatsteuer einstimmig an.

München. Das graphische Kartell und der Tabakarbeiterverband veranstalteten hier gemeinsam eine große öffentliche Protest-Versammlung die gut besucht war. Der Referent, Landtagsabgeordneter Adolf Müller, besprach zunächst die bisherigen Verhandlungen in der Steuerkommission über die Plakat- und Inseratensteuer, die 33, und über die Tabaksteuer, die 77 Millionen ergeben soll und betonte, Mitglieder verschiedener Parteien seien der Meinung, daß die Anzeigensteuer, an der auch die Regierung festhalte, angenommen wird. Von dieser Steuer sollen jedoch die kleinen Blätter nicht betroffen werden. Daraus ersieht man, daß sie gleich auf ein ganz falsches Prinzip gestellt wird, denn erfahrungsgemäß haben gerade die kleinen Blätter im Verhältnis größere Einnahmen zu verzeichnen. Der Referent gab dann den Wortlaut der Paragraphen bekannt und schilderte, wie diese Steuern erhoben werden. Der Verleger der Zeitung ist verpflichtet, die Abgaben zu berechnen und anzugeben. Jeder Verleger ist demnach ein amtlicher Steuererheber. Die Regierung behauptet, aus einer Reihe von Zuschriften gehe hervor, daß die Bevölkerung mit den Steuern zufrieden sei und bezieht sich dabei auf andere Staaten, die die Inseratensteuer eingeführt haben, wie Belgien, Bulgarien, Luxemburg, Italien, Portugal, die Türkei und Serbien. (Heiterkeit.) Selbst der Verein Deutscher Buchdrucker und der Verein der Unternehmer graphischer Gewerbe haben eine Eingabe an die Regierung gemacht und auf die Schäden der Steuern hingewiesen. Am meisten wird durch die Inseraten- und Plakatsteuer der

Arbeiter geschädigt, viele Existenzen würden durch ihre Einführung vernichtet und die Arbeitslosigkeit würde verschärft. An praktischen Beispielen wies der Referent die schweren Folgen der Steuer nach und wandte sich dann der Tabaksteuer zu, durch die 40000 Arbeiter brotlos gemacht würden. Er wies nach, wie unheilvoll auch die Steuer wirken würde und schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Aufforderung an die Versammelten, das Gehörte hinauszutragen und weiter zu verbreiten. Nach kurzer Diskussion wurde eine unweideutige Protestresolution gegen die Plakat-, Inseraten- und Tabaksteuer einstimmig angenommen.

Neurode. Eine wichtige Protest-Versammlung fand hier am 8. März bei einer Beteiligung von zirka 300 Personen statt. Das Referat Siliers wurde mit starkem Beifall aufgenommen und eine entsprechende Resolution gegen die Tabak-, Anzeigen- und Plakatsteuer einstimmig gefaßt. Ebenso wurde hier wie in allen Versammlungen noch beschlossen, die angenehmen Resolution dem Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises sowie der Finanzkommission des Reichstages einzusenden.

Frankfurt a. M. In der am 5. März d. J. abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht für 1908, aus dem folgendes hervorzuhelien ist. Es wurden abgehalten 13 Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Versammlung (Protest gegen Tabak- und Plakatsteuer) und 5 Vertrauensmännersitzungen, davon eine im Beisein des Hauptvorsitzenden. Die Erledigung der örtlichen Verwaltungsgeschäfte erforderte 25 Vorstandssitzungen. Außerdem hielten die Sektionen der Chemigraphen und Lichtdrucker noch ihre Monatsversammlungen ab, die meist gut besucht waren. Die am 1. Oktober 1908 übergetretenen Porträtfotographen kamen monatlich zweimal zusammen. Der zu Anfang des Berichtsjahres schlechte Besuch der allgemeinen Mitgliederversammlungen besserte sich nach und nach zusehends, und ist jetzt in Anbetracht des Umstandes, daß eine große Zahl Kollegen in zum Teil ziemlich entfernten Vororten wohnt, gut zu nennen. Wesentlich dazu beigetragen haben auch die veranstalteten interessanten Vorträge. Es sprachen Herr Lejeune über eine Mittelmeerreise (Lichtbildervortrag), Herr Streng: »Aus Frankfurts schwersten Tagen«, Herr Stadtschulzart Dr. Markus über »Die Schwindsucht und ihre Bekämpfung« und Herr Dr. Speier über »Säuren, Basen und Salze« (Experimentalvortrag). Parteisekretär Rudolf behandelte das Thema »Partei und Gewerkschaften« und die Kollegen Jehnicke-Isenburg und Kniedel referierten noch über »Eine Zentralkommission für Steindruckerei« resp. über »Die Extrasteuer zugunsten unserer Arbeitslosen«. Nennenswerte Lohnbewegungen waren wegen der sich auch in Frankfurt stark bemerkbar machenden Krise nicht zu verzeichnen; es wurde nur Feiertagszahlung für fünf Steindruckerei in Höchst a. M. und Ferien für etwa 35 Chemigraphen in einer hiesigen Firma auf Anregung der dort beschäftigten Kollegen eingeführt. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 341, davon gehörten 249 sämtlichen Kassen an. Die Lehrlingsabteilung hat sich gut entwickelt; von 70 gezählten Lehrlingen gehören 41 zu unserer Abteilung, ein erfreuliches Resultat, wenn man die eigenartigen Frankfurter Verhältnisse berücksichtigt. Die Einberufung besonderer Zusammenkünfte war jedoch noch schwierig, da $\frac{1}{2}$ der Lehrlinge in Vororten wohnen. Auch ihre Teilnahme an den sonstigen Besichtigungen, die von Gehilfenseite sehr stark war, blieb noch hinter den Erwartungen zurück. Es wurden unter sachverständiger Führung besuch die Goethehaus, das städtische Elektrizitätswerk I nebst der Umformstation unter dem Schillerplatz und die Klärbeckenanlagen bei Niederrad. Aus dem Kasernenbericht sind die hohen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung bemerkenswert. Es wurden ausgezahlt im 1. Quartal 441,80 Mk., im 2. Quartal 696,80 Mk., im 3. Quartal 1245,- Mk. und im 4. Quartal 676,20 Mk., insgesamt 3058,80 Mk. Der seitherige Vorstand wurde mit unwesentlicher Veränderung wiedergewählt.

geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletariat, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist . . .

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren (enteignen) und die Nichtarbeiter (Kapitalisten, Großgrundbesitzer) in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen . . .

Mit diesen Feststellungen wird im theoretischen Teil des Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891, die Notwendigkeit der Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische begründet. Es wird gesagt: »Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln (Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel) in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vollkommenheit werde. Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschen Geschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet.«

Daß sich die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft auch tatsächlich so vollzieht, wie im Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geschildert wird, kann jeder täglich beobachten; der müßte mit Blindheit geschlagen sein, wer das nicht wahrnähme.

Der große Denker Karl Marx war der erste, der das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, ihre Entstehung und Fortentwicklung gründlich erforscht hat. In seinem genialen Werke *Das Kapital* finden wir das Resultat seiner wissenschaftlichen Forschungen, worauf sich die Sozialdemokratie in ihrem Programm stützt, niedergelegt. Wie sich der Kapitalismus unter Zerstörung der althergebrachten Eigentumsverhältnisse immer riesenhaft entwickelt, und wohin diese Entwicklung naturnotwendig führen muß, darüber äußert sich nämlich der Forscher Marx im I. Band des *Kapital* (Seite 727 ff.) zusammenfassend wie folgt: »Die Expropriation (Enteignung) der unmittelbaren Produzenten (Kleingewerbetreibenden usw.) wird mit schonungslosem Vandalismus und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinstichtigsten Leidenschaften vollbracht. Das selbst erarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des einzelnen, unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Exploitation (Verwertung, Ausbeutung) fremder, aber formell freier Arbeit beruht.

Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zerstört hat, sobald die Arbeiter in Proletariat, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Expropriation der Privateigentümer eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter (Handwerker), sondern der viele Arbeiter exploitierende (ausbeutende) Kapitalist.

Diese Expropriation (Enteignung) vollzieht sich durch das Spiel der immanenten (elnhwohnenden) Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten, durch welche entwickelt sich durch die kooperativ Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Oekonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Ge-

Der Lithograph.
 Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
 Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Der Lithographenmeister.
 1.
 »Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen bezahlten Proletariat, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.
 Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerstückelten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe,

brauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren (widerrechtlich aneignen) und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hölle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriatoren werden expropriert (die Enteigner werden enteignet).

Mit kurzen Worten: Bei der heutigen Produktionsweise geht die Entwicklung dahin, daß die Kleinbetriebe durch die Großbetriebe vernichtet werden, und die Großbetriebe wieder durch die größeren. Der Kapitalbesitz häuft sich so in immer weniger und weniger Hände, wobei er sich in immer gewaltigeren Größen auswächst. Damit überträgt sich naturgemäß die gesamte ökonomische und politische Macht auf wenige Kapitalmagnaten. Diese Entwicklung erreicht schließlich einen Grad, der die gesamte Volksmasse zwingt, die Kapitalmagnaten von ihrem Besitz abzulösen und die Produktion gesellschaftlich zu organisieren. Handelte es sich bisher um die Enteignung der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, so wird es sich dann um die Enteignung weniger Usurpatoren durch die Volksmasse handeln.

Diesen ökonomischen Entwicklungsprozeß, der wissenschaftlich erwiesen ist, kann niemand aufhalten. Doch die Anhänger des kapitalistischen Wirtschaftssystems bestreiten, daß sich die Entwicklung in der geschilderten Richtung vollziehe. Das müssen sie tun, denn sonst müßten sie das Streben der Sozialdemokratie für berechtigt erklären.

Die Kleingewerbetreibenden spüren aber diesen Aufsaugungsprozeß, sie fühlen täglich, wie sie von dem modernen Großbetrieb in ihrer Existenz bedroht werden. Sie drängen daher den Staat, daß er sie vor der Proletarisierung schütze. Und es liegt auch im Interesse der Kapitalmagnaten selbst, daß alle möglichen Gesetzesvorschriften erlassen werden, die die Kleingewerbetreibenden in dem falschen Glauben erhalten, daß sie ihre Existenz sichern könnten.



Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Dr. Trenkler & Co.

Streichlichter in dem Betrieb einer tarif-treuen Anstalt.

Es ist eine äußerst unerquickliche Arbeit, speziell für uns Leipziger, sich mit obigem Thema zu befassen. Keine Versammlung, keine Vertrauensmänner- oder Verwaltungssitzung usw. vergeht wohl, wo nicht Vorgänge in der Firma Trenkler auf der Tagesordnung ständen oder Anlaß zu Erörterungen gäben. Und nicht nur die Unterzeichneten, sondern auch alle andern in Betracht kommenden Sektionen Leipzigs sowie die Zentralinstanzen werden ein Lied davon zu singen wissen. Keine Firma wird für sich den Ruf in Anspruch nehmen können, auch nur annähernd so oft in den Spalten der „Graph. Presse“ Erwähnung zu finden wie die obige. Keinen Kollegen wird es geben, der nicht schon oft Gelegenheit gehabt hätte, von der Stöfritzter Kunstanstalt, ihren Inhabern und Leitern mehr oder weniger Arbeiterfeindliches zu hören oder zu lesen. Denn bald sind es Lichtdrucker, bald Lithographen, bald Steindruckere oder Chemigraphen, welche Veranlassung haben, die Aufmerksamkeit der Kollegenschaft auf die verschiedenen Praktiken der Firma Trenkler den bei ihr beschäftigten Arbeitern gegenüber zu lenken. Da nun die Firma, begünstigt durch die Krise und technische Umänderungen im Betriebe, vielleicht auch aufgebracht durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Chemigraphen und manche anderen Gründe jetzt die Gelegenheit wahrnimmt, ihre arbeiterfeindliche Stellung in der drastischsten Form zum Ausdruck zu bringen, fühlen wir uns verpflichtet, der Kollegenschaft in Nachstehendem eine Auslese der charakteristischsten Vorfälle in genannter Anstalt zu unterbreiten. Zum Nutzen besonders für diejenigen, welche heabachtigen, der Firma Trenkler ihre Arbeitskraft gelegentlich zur Verfügung zu stellen. Sie mögen ersehen, was in diesem Falle ihrer hier wartet.

Noch kein Jahr ist wohl vergangen, als in dem von dem bekannten Herrn Jährig, dem Mitinhaber der Firma Trenkler, herausgegebenen „Deutschen Steindruckgewerbe“ eine Rechnung aufgemacht wurde, welche beweisen sollte, daß der Arbeiter sich leicht eine größere Summe für einen sorgenfreien Lebensabend sparen könne, wenn er nicht Verbandsmitglied sei und die an die Organisation abzuführenden Beiträge regelmäßig zurücklege. In einem besonderen Artikel der „Graph. Pr.“ wurde darauf hingewiesen, daß der gute Rechner vergessen habe, in Betracht zu ziehen, daß der Arbeiter selten in die Lage komme, bis in sein Alter ununterbrochen in Stellung bleiben zu können. Vor allen Dingen aber sei es doch den Unternehmern angenehm, unorganisierte, in wirtschaftlicher Beziehung weniger widerstandsfähige Arbeiter zu haben, weil sie dann ihren Unterdrückungs- und Ausbeutergelüsten freien Lauf lassen könnten usw. Wie zutreffend, besonders auf den Betrieb des Herrn Jährig, die damals gemachten Ausführungen waren, geht mit aller Deutlichkeit aus nachstehenden Einzelheiten und aus der Tatsache hervor, daß die Firma Trenkler zurzeit durch Entvölkern ihrer Arbeitsräume vielen bei ihr jahrelang beschäftigten Arbeitern die Möglichkeit nimmt, auch nur das Notwendigste zum Leben zu verdienen oder gar noch etwas für einen sorgenfreien Lebensabend zurückzulegen. Aber selbst in den Zeiten guter Konjunktur wird es den Kollegen schwer gemacht, zur Durchführung obigen Rechenexempels in der Firma Trenkler auszuweichen und alle nach und nach eingeführten Bestimmungen und Schikanen über sich ergehen zu lassen.

Einzigartig, dem Ehrgefühl jedes denkenden Arbeiters Hohn sprechend, ist schon die Kontrolle beim Einpassieren. Am Tor steht zunächst ein Portier mit der Anweisung, jeden nach dem Klingeln Eintreffenden zu notieren. Weiter hat sich am Eingang zur Garderobe der technische Leiter der chemigraphischen Abteilung postiert, um die nach dem Glockenzeichen heraustretenden Arbeiter in seinem Buche zur Bestrafung zu notieren. Dabei ist der Garderobenraum so beschränkt, daß es erheblicher Anstrengung und geraumer Zeit bedarf, sich aus dem kurz vor Beginn der Arbeitszeit begrifflicher Weise entstehenden Gewühl herauszuarbeiten. Ist glücklich auch diese Kontrollstation genommen, so wachen mit Argusaugen die einzelnen „Ober“ in Aetzerlei, Reusche usw. Ihre erste Aufgabe ist es, die Namen derjenigen ihrer Strafliste einzuverleiben, denen es nicht gelungen ist, sich so zeitig aus der Garderobe herauszuarbeiten, daß sie mit dem Schläge „arbeitsfertig an ihrem Platze ihre Beschäftigung beginnen können.“ Ohne Rücksicht darauf, ob der Zuspätkommende einmal oder öfter das Unglück hatte, sich auf einer der Listen vermerkt zu sehen, muß jeder die übliche Strafe von 10 oder 20 Pf. bezahlen.

Ein weiterer Uebelstand, der allerdings durch die jetzige Geschäftslage weniger in Erscheinung treten kann, ist das bei guter Konjunktur überhandnehmende Ueberstundenwesen. Unsere Ueberstundenstatistik weist bei den Kollegen der Firma Trenkler Zahlen auf, deren Höhe in gar keinem Verhältnis zu der steht, welche sich aus der Statistik der übrigen Betriebe ergibt. Aber man mißachtet nicht nur die durch die Firma mitanerkannte tarifliche Bestimmung, Ueberstunden nach Möglichkeit einzuschränken, man mutet nicht nur den Kollegen zu, ihre freie Zeit in ausgiebigstem Maße auch noch zur Mehrwertschöpfung zur Verfügung zu stellen, sondern durch allerlei Schikanen, teilweise sogar unter Androhung des Verlustes der Stellung, versucht man die Kollegen gewissermaßen zum Längerarbeiten zu zwingen. Einem jungen Gehilfen, der es mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand abgelehnt hatte, als Lehrling Ueberstunden zu machen, deutete man am Tage seines Auslernens an, daß seine Weiterbeschäftigung davon abhängt, ob er auch weiterhin auf seinem Standpunkte des Verweigners der Ueberzeitarbeit bestünde. Ist es einem Kollegen mehrere Male hintereinander nicht möglich, an dem Längerarbeiten teilzunehmen, so werden ihm darüber Vorhaltungen gemacht und ihm bedeutet, daß sein öfteres Verschwinden am Schlusse der regelrechten Arbeitszeit stark nach „böswilliger“ Verweigerung der Ueberstunden aussehe und er die Folgen zu tragen habe. Oftmals genügt es dann nicht nur, daß der Kollege die Unmöglichkeit des Längerarbeitens bei dem betreffenden Unterabteilungsleiter meldet, sondern es ist schon verlangt worden, daß auch noch dem technischen Leiter persönlich Meldung erstattet wird. Was das zu bedeuten hat, kann sich leicht jeder selbst sagen. Trotzdem die Kollegen immer und immer wieder von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen wurden, daß sich die Inhaber der Firma bei eintretendem schlechten Geschäftsgange der vielen geleisteten Ueberstunden nicht erinnern werden, gelang es leider den Herren Stramer durch Anwendung obiger und anderer Mittel stets aufs neue, die Kollegen zum Ueberstundenmachen zu bewegen. Nicht nur einmal konnten infolgedessen angesetzte Werkstubeversammlungen erst eine und noch mehr Stunden später abgehalten werden. Heute, wo die Kündigung* gleich sektionsweise erfolgten, hat so mancher der Bereitwilligsten Gelegenheit, über die Dankbarkeit der Firma Trenkler Betrachtungen anzustellen.

Auf welche Weise es möglich ist, bei Dr. Trenkler & Co. Zulage zu erlangen, geht aus

folgendem, natürlich nicht alleinstehenden Falle hervor. Ein Ueberläufer, der in der Firma als Maschinenrevisor ausgebildet worden war, glaubte in seinen Leistungen soweit vorgeschritten zu sein, daß er eine wesentliche Gehaltsaufbesserung verlangen könne. Diese, wenn auch keine wesentliche, wurde ihm nun wohl zugebilligt unter der Bedingung, daß er einen längeren Kontrakt mit der Firma abschließen sollte. Da jedoch der Kollege wenig Lust verspürte, zu dem im Kontrakt angegebenen niedrigen Preise seine Arbeitskraft auf Jahre im voraus zu verkaufen und die Firma sah, daß sie mit der erhofften Sicherung einer billigen Arbeitskraft kein Glück hatte, machte sie kurzen Prozeß und entließ den Widerständigen. Dieser konnte allerdings nun die Erfahrung machen, daß seine Leistungen von anderen Geschäften doch bedeutend höher als bei Trenkler bewertet wurden.

Ein anderes Bild zur Illustration des Bestrebens der Firma, billige und gute Arbeiter zu erhalten. Ein Nachschneider wurde als Fertigmacher für Dreifarbenätzungen eingestellt mit der Zusicherung, bei zufriedenstellenden Leistungen bald mehr Lohn zu bekommen. Schon nach einigen Wochen war man mit ihm so zufrieden, daß man seinen Lohn um 3 Mark erhöhte. Als jedoch nach $\frac{1}{2}$ Jahren die vorschreitende Krise sich auch hier bemerkbar machte und die Bestellungen ausblieben, wurde der Fertigmacher überflüssig. Gleichwohl glaubten aber die Herren Abteilungsleiter, ihr Schäffchen noch ins Trockene bringen zu können. Sie boten nun dem Kollegen an, da seine Leistungen für Bunt nicht mehr genügend seien, in die Schwarzabteilung überzutreten und bei Bedarf in drei Farben mit auszuhalten. Außerdem folgte der hinkende Bote in Gestalt einer Lohnreduktion von 3 Mark und der angekündigten Entlassung eines Nachschneiders aus der Schwarzabteilung. Skruellos wird eben einem Arbeiter, der $\frac{1}{2}$ Jahre zur Zufriedenheit gearbeitet hat, die Leistungsfähigkeit abgesprochen, um ihm den Lohn um 3 Mark drücken zu können, und obendrein verlangt man noch, daß er dabei zu einem Manöver die Hand biete, durch welches er andere Kollegen aus Lohn und Brot bringt. Man muß sich fragen, wie die Moralbegriffe derjenigen aussehen, die, selbst aus Arbeiterkreisen hervorgegangen, einem Arbeiter derartiges zu bieten wagen. Der Kollege lehnte das Ansinnen natürlich ab und durfte sich nach 14 Tagen die Firma Trenkler nur von außen betrachten, allerdings auch ohne etwas einzuflößen.

Direkt tragikomisch wirkt folgender Fall, der einem anderen Kollegen passierte. Sonst sehr pünktlich, hatte der Betreffende das Unglück, eines Morgens etwas zu spät aus der Garderobe zu kommen, und kurzerhand wurden ihm am Lohnzahlungstage 10 Pf. Strafe vom Gehalt gekürzt. Höchlichst verwundert darüber, protestierte er gegen diese Maßnahme unter Berufung auf eine mündliche Versicherung des technischen Direktors der Firma, Herrn Stramer II, daß mit der scharfen Kontrolle nur die notorischen Zuspätkommer getroffen werden sollten. Die nun gepflogene Auseinandersetzung fand einen schnellen Abschluß durch die kurze Erklärung des Herrn Stramer I, Abteilungsleiters der Chemigraphie, wenn es dem Kollegen nicht passe, könne er ja gehen. Am nächsten Lohnstage erhielt er, den man in der guten Konjunktur in den Betrieb geholt hatte, mit vier anderen Kollegen die Kündigung. Auf die Anfrage des Vertrauensmannes nach dem Grunde der Kündigung gerade dieses Kollegen, welche nach dem Vorhergegangenen eigenmächtig berühre, erhielt er die Auskunft: Arbeitsmangel und hoher Lohn. Vom Herrn Dr. Trenkler selbst sei die Direktive ausgegeben, bei Entlassungen wegen Arbeitsmangel die Höhe des Lohnes ausschlaggebend sein zu lassen. Schnell aber war auch ein anderer Grund gefunden, als der Gekündigte von Herrn Stramer I. persönlich die obigen Entlassungsgründe hören wollte, um mit diesem Musterbeispiel die Praktiken der Firma Trenkler brandmarken zu können. Nun sollte das Betragen des gekündigten Kollegen derart gewesen sein, daß Herr Stramer I nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten könne. Und zum dritten Male änderte sich die Stimmung und Aussage des vortrefflichen Herrn Abteilungsleiters, als ihm der Vertrauensmann abermals die wenig große Haltbarkeit des neuen Kündigungsgrundes vorhielt. Jetzt fand Herr Stramer keinen anderen Ausweg als den Rückzug. Alles sollte auf einem Mißverständnis beruhen. Der Gekündigte war ein ganz lieber, netter Herr, der ruhig dableiben könne, wenn er wolle. Er wollte sich aber der Laune des Herrn Stramer I nicht noch weiter aussetzen und ging.

Spaltenlange Artikel ließen sich noch schreiben über das sonderbare Geschick des Herrn Stramer I, mit den Arbeitern zu verkehren, und durch seine nervöse Hast, ohne manchmal zu wissen, was er will, zur Erhelterung der Kollegen beizutragen. Wahrlich, so wie Herr Stramer I in obengeschilderten Falle hat wohl noch selten ein Abteilungsleiter den blamierten Europäer gespielt. In diesem Falle hat er selbst sein Verhalten in einem der vielen Werkstubeversammlungen übertraffen, wo er trotz wiederholter Aufforderung, seine Handlungsweise zu rechtfertigen, nur ein paar nichtssagende Sätze stammeln konnte. Der gewohnte Redefuß hatte ihn im Stich gelassen, zum Gaudium der Kollegen, die im Geschäfte, wo sich Herr Stramer als Herr fühlte, anderes von ihm gewohnt waren.

Es wäre vielleicht angebracht, den Unterabteilungsleitern der Chemigraphie noch ein paar Worte

zu widmen, doch diese sind eher zu bemitleiden als zu beneiden. Besonders bei dem »Ober-der-Schwarzärzerei ist wie an einem Thermometer die Stimmung und Laune des Herrn Stramer mit tödlicher Sicherheit jeweilig festzustellen.

Was aber jeden in den Betrieb Neueintretenden besonders befremden muß, ist die Kontrolle der Arbeiten. In jeder Abteilung achten nicht nur ein oder mehrere Unteraufsicher darauf, daß ein möglichst großes Quantum Arbeit geliefert wird, sondern durch mehrmaliges Einschreiben der geleisteten Arbeit müssen die Kollegen zur besseren Kontrolle ihrer Arbeiten selbst beitragen. In ein beim Eintritt ins Geschäft dem Kollegen überreichtes Notizbuch muß dieser gewissenhaft nach Nummer und Größe genau in Quadratzentimetern berechnet jede Postkarte, jedes Minimalküchlein eintragen. Zur weiteren Eintragung in Tageszettel und Kontrollbücher zirkuliert jeden Abend kurz vor Geschäftsschluß noch extra ein Zettel, worauf der Kollege abermals das Tagespensum zu notieren hat. Zur Charakterisierung Herrn Stramers und seiner unfreiwilligen Komik sei hier mit erwähnt, daß er es kürzlich fertig brachte, von einem Aetzer zu verlangen, er solle ausrechnen, für wieviel Pfennige Material und Zeit er zur Herstellung eines Klischees gebraucht habe. Vielleicht rechnet Herr Stramer einmal aus, wieviel Aufwand von Geist dazu gehört, an einen Arbeiter ein derartiges Verlangen zu stellen.

Ein kleines Strafgesetzbuch ist die Arbeitsordnung. Diese wird noch verschärft durch eine erkleckliche Anzahl Plakate und Verordnungen, deren Nichtbefolgen selbstredend stets eine finanzielle Bestrafung, wenn nicht gar Entlassung, nach sich ziehen soll. Mit Geldstrafen werden auch fast jede Woche die Lehrlinge bedacht und zwar nach eigener Aussage des Herrn Stramer, weil die körperliche Züchtigung nicht mehr ausgeübt werden darf.

Um nun ihrem ganzen ausbeuterischen Gebahren die Krone aufzusetzen, erließ die Firma Dr. Trenkler & Co. vor einiger Zeit ein Zirkular, welches wir zur Erhöhung vieles Gesagten in seinem Wortlaut der gesamten Kollegenschaft unterbreiten:

»Auf der Rückseite jeder Photographie oder Zeichnung ist die Arbeitszeit sowie der Name des betreffenden Retuscheurs deutlich zu vermerken. Ferner ist jede Arbeit sofort in das Arbeitskontrollbuch einzuschreiben und die Arbeitszeit dazu anzugeben, so daß sämtliche Arbeiten in der 8 stündigen, täglichen Arbeitszeit genau vermerkt sind. — Unterlassung wird in jedem Falle mit 10 Pf. bestraft. Schwarzkommissionscheine sind nach Fertigstellung sofort auszufüllen. Unterlassung... (siehe oben). Die Durchschnittszeit für Retusche (Autochrom) beträgt pro Bild höchstens 2 Stunden, doch sind die Photos meist so beschaffen, daß mit 1 Stunde zum Retuschieren auszukommen ist. Bedenken, in dieser Zeit diese oder jene Arbeit nicht liefern zu können, sind sofort vor Angriffnahme der Arbeit dem Abteilungs-vorsteher mitzuteilen und dessen Vorschläge einzuholen. Nach Befolgung dieser Vorschrift sind täglich somit mindestens von jedem Retuscheur 4 retuschierte Vorlagen abzuliefern. Die Zeit, die über 2 Stunden für einzelne Photos bewilligt wird, bestimmt der Abteilungsvorsteher.«

Kollegen, wir legen Euch die Frage vor: Wo ist hier der Unterschied zwischen tariflich versagter Akkordarbeit und dem aus obigem Zirkular hervorgehenden System? Ohne weiteres ist das Bestreben erkennbar, durch ein verkapptes Akkordsystem ein Wettarbeiten unter den Kollegen zu veranlassen und dadurch erhöhte Profite einzuhelmen. Daß bei diesem Experiment, wenn seine Durchführung der Firma gelungen wäre, zunächst die Einigkeit unter den Kollegen bald leiden würde, ist leicht voraussehen. Ferner hätte aber auch die Firma eine ausgezeichnete Handhabe gefunden, um die Löhne genau nach der Zahl der abgelieferten Retuschen, ein Stück wie das andere, ohne Rücksicht auf deren Beschaffenheit, zu regeln. Von Qualitätsarbeit kann dann natürlich keine Rede mehr sein. Ebenso wenig schwer läßt sich erraten, was für Löhne dann nicht auf dieses System eingefüchste Retuscheure beziehen würden. Ferner müßten die Kollegen, die jahrelang vielleicht weiter nichts als diese Postkartenretusche im Laufschrift nach dem Sekundenzeiger gemacht haben, ein willenloses Werkzeug in der Hand des Unternehmers werden aus dem einfachen Grunde, weil sie nur auf 1 oder 2 Geschäfte angewiesen wären und dort, wo saubere Arbeiten verlangt werden, kein Fortkommen finden könnten. Doch was geht das Letztere besonders der Besitzer der Firma Trenkler & Co. an. Für sie ist die Hauptsache, die Produktionsweise so billig und ergiebig wie möglich zu gestalten und zu erhalten. Unbekümmert darum, ob der Arbeiter dabei auf seine Rechnung kommt oder nicht, sind sie nur auf die fortwährende Erhöhung ihrer Profitrate bedacht.

Nun ist es ja Tatsache, daß die Firma Trenkler zurzeit nicht mit Arbeiten überhäuft ist, daß weiterhin durch die teilweise günstigen Resultate mit Steinauto zurzeit einige Aetzer überflüssig waren. Aber auf die Dauer kann mit diesen paar noch dort beschäftigten Kollegen der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden. Bei aufsteigender, besserer Konjunktur wird auch die Firma Trenkler sich bemühen, wieder Arbeit in Schwarz zu erhalten, und dann wird sie auch gezwungen sein, mehr Aetzer usw. einzustellen. Die Entlassungen hätten also sehr wohl nicht diesen Umfang anzunehmen

brauchen, wenn hier nicht noch andere Gründe eine Rolle spielten. Der maßgebendste davon ist ohne Zweifel die notorische Abneigung der Firma Trenkler und ihrer Leiter gegen die freigewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Das geht immer wieder auf neue hervor aus den fortwährenden Versuchen, Gelbe in den Betrieb zu bekommen oder organisierte Kollegen zum Beitritt in den gelben Verein zu bewegen. Ferner ist es ein beliebter Trick, einem genügend bearbeiteten Kollegen eine Oberstelle, verbunden mit einer Gehaltszulage, anzubieten und als Gegenleistung den Austritt aus dem Verbandsverbande zu verlangen. Tatsächlich ist es auch in anderen Abteilungen in einzelnen Fällen gelungen, durch den Appell an die niedrigsten Instinkte im Menschen Kollegen zum Verrat an ihren eigenen Interessen zu veranlassen. Aus mancherlei Gründen, wobei sicher Tarif und Zwangsorganisation bedeutend in Betracht kommen, hatte die Firma bei den Chemigruppen mit derartigen Machinationen wenig Glück. Kontrakte und längere Kündigungsfristen waren teilweise nicht anzubringen, teilweise wurden sie rückgängig oder durch den Tarif illusorisch gemacht usw. Da fand sich nun, wie schon eingangs erwähnt, von verschiedenen Umständen begünstigt eine Gelegenheit, um mit dem verhassten Verbandsabrechnung in Bausch und Bogen zu halten. Das beweist auch eine Äußerung des Herrn Stramer: die Arbeiter sollten sich nur noch nicht einbilden, sie seien schon die Herren im Hause, soweit sie es noch nicht. Man schickt nun dem Verbandsrecht viel Arbeitslose zu, um dessen Kassen zu schwächen und was man sich alles noch dabei denken mag. Daß sich da auch die Firma Trenkler ins eigene Fleisch schneidet, beachtet sie gar nicht. Denn unter den Arbeitslosen ist mancher, der sich durch Willigkeit und nicht zu hohe Lohnforderung dauernde Stelle erhalten wollte. Diesen allen ist natürlich nun ein Licht aufgegangen.

Ein weiterer Grund zu den Massenentlassungen scheint in dem berüchtigten Meistersystem zu liegen. Um sich für Streiks und andere Fälle zu sichern und die Arbeiter zu möglichst intensiver Arbeit anzuhalten, hat man ein ganzes Heer von Antreiber und Aufpassern herangezogen. Deren hohe Löhne fallen natürlich zur Zeit des schlechten Geschäftsganges erheblich ins Gewicht. Damit aber den Inhabern der Firma für die hohen Antreiberentschädigungen auch ein Äquivalent geboten werden, suchen nun anscheinend die Gründer und Förderer des berüchtigten Systems durch Entlassungen von Arbeitern und erhöhten Druck auf die noch im Geschäft befindlichen Kollegen die Produktionskosten so niedrig wie nur irgend möglich zu schrauben.

An der gesamten Kollegenschaft liegt es nun, auf die Firma Dr. Trenkler & Co. ein wachsames Auge zu haben, um ihr zu gegebener Zeit mit derselben Münze heimzuzahlen, mit welcher sie uns in für sie günstiger Lage abgefunden hat.

Die Verwaltung der Sektion Leipzig III.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweiserführer: C. Schubart, Berlin N. 20, Budstraße 26.

Produktions-Einschränkung.

In einer Reihe von Nummern der Unternehmer-Fachpresse für die Tapetenbranche sind schon allerlei Vorschläge zur »Regelung der Produktion« durch »Produktionseinschränkung« gemacht worden. Die Stellung der Arbeiter zu dieser Frage ist dabei natürlich garnicht berührt worden. Es soll versucht werden, das jetzt nachzuholen. In den neugegründeten Sektionen der Drucker und Formstecher ließe sich wohl auch über diese Frage sehr gut diskutieren.

»Die Regelung der Produktion ist notwendig und anzustreben« heißt es da auf der einen, »die Materie ist schwierig, und die Frage kaum zu lösen« auf der anderen Seite. Weiter: »Ohne Regelung und Beschränkung der Produktion ist eine künftige Organisation von Dauer nicht möglich.« In jedem Syndikat sei gerade dieses Moment von fundamentalster Bedeutung. Erst Garantien für Verhütung von Ueberproduktion, dann Regelung aller andern Punkte.«

Betriebserweiterungen sollen verhindert und die Produktion, genau so wie es in anderen Syndikaten sei, der Aufnahmefähigkeit des Marktes angepaßt werden. Natürlich erst dann, wenn die verschiedenen Fabrikantengruppen »eine so enge und in sich interessierte Gemeinschaft« geworden ist, wie es der eine Artikelschreiber in der Unternehmerpresse wünscht. Dieser macht dann auch schon Vorschläge, wie die Regelung vor sich gehen soll. Werden z. B. an einzelne Fabriken das (noch zu erstrebende) Konzerns infolge guter Karten große Aufträge erteilt, so soll nicht sofort eine Betriebserweiterung folgen, sondern es sollen anderen Fabriken, die gerade weniger stark beschäftigt sind, Aufträge überwiesen werden, was allerdings von anderer Seite wieder als undurchführbares »Teilen« bezeichnet wird.

Zum Schluß schreibt der eine Herr: »Die Dinge gehen lassen, wie sie gehen, ist der größte Fehler.« Das Letzte gilt auch für uns Arbeiter. Alle diese Herren haben nicht an die lange Arbeitsdauer, die in allen Tapetenfabriken noch besteht, an die Regelung der sehr verschiedenen festgesetzten Arbeitszeit und an deren Verkürzung gedacht. Hier nun müßte endlich einmal neben der Organisation der in Betracht kommenden Kollegen unsere Agitation einsetzen. Namentlich die in Fabriken beschäftigten Formstecher haben allen Grund hierzu. Arbeiten diese doch durchschnittlich 1/2-2 Stunden jeden Tag länger als die Kollegen in den anderen Stechereien, meist zu noch schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Und ist es denn außerdem nicht schon längst nötig und möglich, in Tapetenfabriken sowohl als auch in den Linoleum- und Wachstuchfabriken endlich einmal eine zeitgemäßere Arbeitszeit einzuführen, schon aus gesundheitlichen und familiären Gründen? Was bleibt dem Arbeiter denn für Zeit übrig, wenn er mit Pausen 12, ja 13 Stunden in der Fabrik ist und schließlich noch einen weiten Weg bis zu seiner Wohnung hat? Die Zeit zum schlafen! Also schaffen und schlafen. Und der Lohn? Ich wollte, wir hätten eine vergleichende Statistik der Löhne und Arbeitszeiten in der Buch-, Stein-, Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdruckbranche. Uns würden die Augen übergehen!

Viele Fabriken haben ja nun schon tatsächlich in diesem Winter die Produktion eingeschränkt. Einige dadurch, daß sie Maschinen nicht laufen ließen und Drucker und Arbeiter entließen, andere kürzten willkürlich die regelmäßige Arbeitszeit. Die Arbeiter hatten den ganzen Lohnausfall zu tragen. Während man so in der Zeit der Krise möglichst alles auf die Arbeiter abzuwälzen sucht, verlangt man in der Zeit der Hochkonjunktur, daß Ueberstunden ohne jede Extra-Entschädigung geleistet werden sollen. Welche dem Arbeiter, der hierbei die Interessen der Kollegen zu wahren sucht. Bei der nächsten Gelegenheit setzt man ihn auf die Straße: »Wem was nicht paßt, der kann ja gehen!«

Das alles muß uns ein Ansporn werden, uns so bald wie möglich auf der ganzen Linie zu organisieren, um endlich menschenwürdiger Zustände zu schaffen. Dazu brauchen wir alle Organisationen, in denen unsere Arbeitskollegen heute noch zersplittert sind. Bei der Agitation könnte und müßte immer wieder daraufhingewiesen werden, daß sich unsere Unternehmer immer mehr bemühen, ihre Machtmittel durch Konzentration, Zusammenschluß zu verstärken. Die Organisationen, die Kämpfe und Errungenschaften der Buch- und Seidendrucker müssen ebenfalls immer als Wegweiser dienen, um endlich einheitlich und einig, wenn auch nur schrittweise, vorwärts zu kommen, damit auch wir bei wichtigen Fragen unser Veto einlegen können. Sollte die Produktion geregelt werden, was ja an sich sehr erstrebenswert ist, so müßte die Meinung der Arbeiter Berücksichtigung finden. Das wird jedoch nur eintreten, wenn es die Arbeiter verstehen, ihre Organisation zu einer Macht auszugestalten.

Feuilleton.

Der Freiheit Hochzeitslied.

Ich irrte viel tausend Jahre
Umher und zog von Land zu Land,
Bis ich an Deiner Brust die wahre,
Ersehnte, teure Heimat fand.
Du Proletar, bist mein Erwählter —
Du strengtest mir die Kerkertür —
Du bist in Kämpfen ein Gestählter
Und meine Zuflucht für und für.

Du hast allein für mich gestritten,
Als jeder andre mich verließ
Und hast erduldet und gelitten
Für mich Verbannung und Verließ.
Du kämpftest gegen Pharaonen
Im alten Pyramidenland
Und strecktest Romas Legionen
Als Triumphator in den Sand.

Du hast aus vielen hunderten Wunden
Gebuhlet für mein Zukunftsreich,
Du wardst gemartert und geschunden
Und machtest doch Zäsuren bleich.
Du stiegst die höchsten Scheiterhaufen
Mit heitrem Ketzermut hinan
Und bist durch Spieße kühn gelaufen
Für mich die steile Heldenbahn.

Du hast als Bauer mich umworben
Am Rhein, in Schwaben und am Inn,
Bist freudig auch für mich gestorben
Und warst für mich Dein Bestes hin.
Du brachst die Mauern der Bastille
Und trugst mich in den Sonnenglanz,
Du warst um mich bei Orabesstille
Und freitest mich beim Märzentanz.

Es ging im Sturm durch alle Lande
Im Völkerfrühlingsjahr, 11. März,
Das Volk zerbrach der Knechtschaft Bande
Und schenkte mir sein ganzes Herz;
Die Schönheit trat an meine Seite
Und drückte mir aufs Haupt den Kranz,

Die Freude gab mir das Geleite,
Und Du — Du führtest mich zum Tanz.

Nun bin ich Dein, Du junger Riese,
Du Helland einer neuen Zeit,
Du bist der Held, den ich erkiese,
Dir hab ich ganz mein Herz geweiht.
Mit Dir zerreiB ich alle Ketten
Von Lug und Trug, von Gold und Geld
Und will mit Dir das Volk erretten,
Das arme Volk der ganzen Welt.

Robert Seidel.')

*) Aus seiner Sammlung „Lichtglaube und Zukunftssonnen“, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis gebunden Mk. 2.50.

Die Entwicklung des Weltalls.

(IV. Fortsetzung statt Schluß.)

Die Entstehung der Sternsysteme.

Eine Weltmasse, die sich in völliger Ruhe befindet, nimmt eine kugelige Gestalt an; dreht sich aber die Masse um eine Achse, so macht sich, wie bei aller Drehung, die Zentrifugalkraft geltend, die die Teilchen wegzuschleudern strebt. Unter der vereinigten Wirkung der gegenseitigen Anziehung der Teilchen und der Zentrifugalkraft wird die Kugel in der Richtung der Achse platter, dagegen dicker in den dazu senkrechten Richtungen am Äquator, wo die Oberfläche den weitesten Kreis machen muß; sie bekommt die Gestalt einer Orange. Bekanntlich ist auch die Erde nicht genau eine Kugel, sondern infolge ihrer täglichen Achsendrehung an den Polen abgeplattet. Je rascher die Drehung wird, um so flacher wird die Orange, und der zusammenschumpfende Weltkörper muß diese allmählich flacher werdenden Formen nacheinander durchmachen. Man hat durch mathematische Rechnungen die Gestalten verfolgen können, die eine drehende Masse nacheinander annimmt, wenn die Drehung immer rascher wird; dadurch hat man auch entdecken können, worauf diese Umgestaltung schließlich hinausläuft. Früher dachte man, wie Laplace in seiner Nebeltheorie annahm, daß sich schließlich die am raschesten herumfliegenden Teilchen am Äquator als Ring von der Hauptmasse ablösen, sobald die Gestalt allzu flach werden sollte. Die modernen Untersuchungen, namentlich des französischen Mathematikers Poincaré, haben jedoch ganz anderes zutage gefördert.

Wenn der Körper so flach geworden ist, daß der kürzeste Durchmesser, der zugleich die Achse ist, um die er sich dreht, nur noch sieben Zwölftel des längsten Durchmessers am Äquator ist, so kann er nicht platter werden. Oeht dann die Zusammenschumpfung weiter, so ändert sich die Gestalt in der Weise, daß sie sich im Äquator nach zwei entgegengesetzten Seiten verlängert und senkrecht dazu im Äquator sich etwas zusammenzieht. Sie ähneln dann einem Ei — mit dem Vorbehalt, daß es nicht wie ein Ei ein spitzes und ein stumpfes Ende hat, sondern nach beiden Seiten gleich spitz ist —, das auf die flache Seite gelegt und dann oben wie unten etwas zusammengedrückt wird. Durch diese Deformation wird ein so bedeutender Teil der Masse in den beiden Spitzen des Eies so weit von der Drehungsachse entfernt, daß infolge der Unveränderlichkeit der Drehungsquantität dabei die Drehungsgeschwindigkeit wieder etwas kleiner wird.

Diese Aenderung der Gestalt bildet den Anfang eines weitergehenden Entwicklungsprozesses, worin

die Masse nach beiden Seiten immer weiter von der Achse hinweggetrieben wird. Mathematisch ist es mit den schwierigsten Rechnungen nur gelungen, nachzuweisen, daß diese seitlich etwas abgeplattete Eiggestalt sich bei weiterer Zusammenschumpfung noch etwas verlängert und dann ringsherum eine Furche bekommt, nicht durch die Achse hindurch, sondern etwas seitwärts, so daß aus der Eiggestalt eine birnenförmige Gestalt wird. Hier beginnt sich also die Masse in zwei Stücke zu spalten. Wenn man nach der beginnenden Einschnürung die Sache auch mathematisch nicht weiter verfolgen kann, so ist man doch berechtigt, weiter zu folgern, daß die Furche immer tiefer wird und die Masse sich in ein größeres und ein kleineres Stück spaltet, die als zwei getrennte Weltkörper, in fast unmittelbarer Berührung, umeinander kreisen.

Die tatsächliche Entwicklung eines rotierenden Urnebels, wie sie nach den Gesetzen der Mechanik stattfinden muß, weicht also bedeutend von der Vorstellung ab, die die Urheber der Kant-Laplace'schen Theorie hegten. Es trennen sich nicht geringfügige Massen in Ringgestalt ab, sondern die Masse zerfällt in zwei Stücke, die zwar ungleich an Größe, doch bei weitem nicht so ungleich sind wie unsere Sonne und der größte ihrer Planeten, Jupiter. Man könnte sogar, soweit es auf unser Sonnensystem ankommt, von einem Widerspruch zwischen Erfahrung und Theorie sprechen. Aber seit mehr als einem Jahrhundert kennen wir am Himmel die Gegenstände, auf die diese Theorie gerade zugeschnitten ist, die Doppelsterne. Mit starken Fernrohren erkennt man, daß viele Sterne, die dem bloßen Auge als einfach erscheinen, aus zwei dicht nebeneinander bestehenden Sternen bestehen, die zusammen ein System bilden, das heißt durch ihre gegenseitige Anziehung Bahnen um den zwischen ihnen liegenden Mittelpunkt beschreiben. In der Regel sind sie an Größe nicht sehr ungleich, doch herrscht darin eine große Verschiedenheit, von völliger Gleichheit bis zu großer Ungleichheit. Diese Systeme entsprechen also der Theorie. Zwar sind die beiden Sterne weit voneinander entfernt, also muß noch eine weitere Entwicklung stattgefunden haben, aber jedenfalls bilden sie ein aus wenig verschiedenen Körpern bestehendes System.

Auch die Tatsache, daß die Theorie eine bestimmte Birnengestalt ableitet, der also nur ein einziges bestimmtes Größenverhältnis der beiden Sterne entsprechen würde, während die Erfahrung allerhand Größenverhältnisse bietet, kann dieser Entstehungsgeschichte keine Schwierigkeiten bereiten. Die Theorie behandelt einen abstrakten einfachen Normalfall, während die tatsächlichen Verhältnisse immer komplizierter und verschieden sind. Die Theorie setzt eine überall gleich dichte Flüssigkeit voraus, weil nur so die Rechnungen gut auszuführen sind; die Himmelskörper aber, um die es sich handelt, bestehen aus Gasmassen, die im Mittelpunkt dichter zusammengepreßt sind als an der Oberfläche. Aus dieser Verschiedenheit sind die Abweichungen zwischen dem Normalfall der Theorie und den zahlreichen Gestalten der Erfahrung herzuholen.

Nun sind uns gar nicht alle Doppelsterne als solche bekannt. Wir können nur diejenigen getrennt sehen, die so weit voneinander entfernt sind, daß sie mehrere Jahrzehnte zu ihrem Umlauf brauchen. Die einander näher stehen, sehen wir auch mit den besten Fernrohren nur als ungeteilte Lichtkörperchen.

Dagegen haben wir durch andere Beobachtungsmittel, deren nähere Beschreibung hier zu weit führen würde, Doppelsterne der verschiedensten Art kennen gelernt, die einander ganz nahe stehen, die sogenannten spektroskopischen Doppelsterne. Sie kreisen mit großer Geschwindigkeit umeinander herum, in einer Distanz, die kaum oder nur einige Male ihre Durchmesser übersteigt. In einigen dieser Systeme sind beide Körper noch glühend und leuchtend, in anderen ist einer der beiden dunkel und kalt. Eines dieser letzten Systeme, der Stern Algol, ist schon seit mehr als einem Jahrhundert bekannt als ein Stern, der jedesmal nach 69 Stunden eine Verfinsternung erleidet, bei der während mehrerer Stunden sein Licht auf zwei Fünftel der vollen Stärke herabsinkt. Jetzt weiß man, daß er von einem dunklen, ungefähr gleich großen Begleiter umkreist wird, der sich jedesmal nach einem Umlauf zwischen ihn und uns stellt und sein Licht zum größten Teile verdeckt. Es gibt noch mehrere solcher Doppelsterne, die wir als einfache Sterne sehen; ihre Doppelnatur erkennen wir dadurch, daß ihre gegenseitigen Verdeckungen die Helligkeit ihres Lichtes in bestimmten Zeitabschnitten, in ihren Umlaufzeiten, schwanken lassen.

(Schluß folgt.)

Eingänge.

Arbeiter-Jugend. No. 9, 1909. Verlag: Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Alle 14 Tage ein Heft von 12 Seiten 4° zum Preise von 10 Pf. Abonnement vierteljährlich 50 Pf.

Die Nummer enthält folgende Beiträge: Utopisten. Von Hermann Duncker. — Das Erdbeben von Messina im Lichte der christlichen Weltanschauung. — Das Jugendheim. Von Max Frankenthal. — Der junge Goethe (mit Bild.). — Der Generalmajor und die Arbeiterjugend. — Aus der deutschen Jugendbewegung (Kiel, Königsberg). — Politik, Gewerkschaftsbewegung, Kriegsschauplatz usw. — *Beilage:* Junger Glaube. Gedicht von H. Thurow. — „Das sind die Arbeitsmänner.“ Von Ernst Almsloh. — Der Königsleutnant. Von Goethe. — Sprüche, Wissen und Leben usw. — Prometheus. Von Goethe.

Märzzeitung 1909. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 16 Seiten 4°, Preis 20 Pf.

Das Heft ist dem Gedanken des Völkerfriedens gewidmet, der Symbolisierung des um seine politische Mündigkeit ringenden Proletariats. Diesem Gedanken wird durch den Bildschmuck (Wiedergabe hervorragender Plastiken von Meunier und Sordini, Zeichnungen von Steinlen, Legros u. a.) und durch die Auswahl der Textbeiträge vollendeter Ausdruck gegeben. Wir wünschen, daß das Heft eindringen möchte in jedes Arbeiterheim.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 10 Pf. für das Heft.

Von dieser guten Romanzeitschrift sind die Hefte 9 und 10 erschienen, die die Fortsetzung des spannenden Romans „Kentilworth“ von Walter Scott und die ersten Kapitel der realistischen Skizze „Trinette“ von Heyermans sowie eine Reihe kleinerer Beiträge bringen.

Stellengesuche

Durchaus tüchtiger **Strichätzer** sucht sofort Stellung. Geil. Angebote an H. Simon, Bielefeld, Rentestr. 33.1.

Stellenangebote

Tüchtiger Zink-Retuscheur, perfekt im Tangieren und Körnen zum baldigen Antritt gesucht. [2,40] Richard Labisch & Co., Berlin SW., Lindenstr. 69.

Wir suchen per sofort noch einige tüchtige

Maschinen-Retuscheure, erste Kräfte, in dauernde Stellung. Offerten mit Mustern und Gehaltsansprüchen an Brandamour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.

Positiv-Retuscheur

für amerikanische Maschinen-Retusche sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart.

Maschinen-Retuscheure,

die tüchtiges leisten, für unsere Filiale Leipzig als auch nach hier suchen Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg. [1,80]

Tücht. Strich- u. Autoätzer

per sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe, wenn Eintritt erfolgen könnte an A. Schuler, Chemigr. Kunstanst., Stuttgart, Mozartstr. 51.

Wichtige Neuerungen für die Chemigraphie!

sind H. Durst's dauernd haltbare Zink- und Kupferlösungen (ohne Eisweß) für Zink von 10 Sek., für Kupfer von 30 Sek. an, daher große Ersparnis an Zeit und elektr. Licht. **Sicheres und zuverlässiges** Arbeiten, da dieselben keinen Witterungsverhältnissen unterworfen sind.

la. Spezial Kopier-Farbe

sehr schönes Aussehen der Schicht und durchtintet vollständig ausgeschlossen. Auf Wunsch senden Proben gratis und franko Locher & Kurz, Graphische Anstalt, Stuttgart, Bismarckstraße 55 a.

Verschiedenes

„Matt-Lack“. Beates, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart-, und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme. F. Hantke, Maschinenmeister, II. Hamburg 22, Berthast. r13.

Achtung Gera!

Alle Verwaltungsgeschäfte besorgt in der Zeit vom 15. bis 31. März der Vorsitzende P. Traumlöcher, Pforten-Gera, Braustr. 51. [1,50]

Chiffre-Inserate finden auch unter der Rubrik Stellengesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr.

Die Expedition.